# Volksstimme

**Redaktion:** Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 — Fernsprecher 6802

**Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg**

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Verlag und Expedition:** Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27 — Fernsprecher 5407

Nr. 176 | Bezugspreis: Monatlich 175 Mk frei Haus. Bei Abholung 160 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 5.25 Mk., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig | **Halle, Dienstag, den 5. August 1919** | Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Millimeter-Zeile 20 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 60 Pfennig. — Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr. — | 3. Jahrgang


# Das Elend des Obdachs.

Unser Chemnitzer Bruderblatt schreibt in einem Artikel:

Das ist der Widersinn der kapitalistischen Gütererzeugung: Vor dem Schusterladen steht der Arbeiter, er, der vielleicht selbst an der zur Schau gestellten Ware mitarbeitet, steckt mit zerschlissenem Schuhzeug und ist nicht imstande, den geforderten Preis für ein neues Paar Schuhe zu zahlen; vor dem Kleiderladen rechnet der Mann mit dem abgetragenen Rock sein Monatsgeld in die Kaufsumme für einen neuen Anzug um — vergebliches Mühen, der Preis ist zu hoch, aber der Rechner hat zu dem Rock im Schaufenster vielleicht seine eigene Arbeit beigetragen; vor dem Hause mit den leergähnenden Fenstern steht der obdachlose Bauarbeiter oder der vom Geldglück nicht begünstigte Architekt und sehnt sich nach einem schützenden Obdach, nach den schlichten vier Wänden, die ein bescheidenes Familienglück umschließen sollten: Vergebens! Sie, die das notwendige Gebrauchsgut geschaffen haben, können es nicht benutzen, weil seine Verwertung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nur dem zusteht, der am erarbeiteten Mehrwert Anteil hat, der das Kapital und damit die Rohstoffe besessen hatte, aus denen der Lohnarbeiter das Gebrauchsgut herstellte.

Mit aufreizender Offenheit drängt sich dieses Elend des Obdachs in der Nachzeit des Krieges auf, der ja für allen Wahnsinn und

**jede Unmenschlichkeit des Kapitalismus**

die Schulbeispiele herbeigebracht hat. Es wäre zu eng gesehen, wollte man die heutigen, zum tauben Himmel schreienden wirtschaftlichen Mißstände einseitig nur unseren Regierungen und Behörden ins Kerbholz schneiden; die Ursachen für das heutige Wohnungselend sind mannigfaltiger Natur, wenn sie auch im letzten Grunde freilich alle wieder auf den im Kriege seinen internationalen Ausgleich suchenden Kapitalismus zurückzuführen sind.

Vor allem trägt die Schuld am heutigen Wohnungsmangel, unter dem hauptsächlich der Proletarier leidet, die auf höchst einseitige Zwecke eingestellte Produktion der Kriegsjahre. Was an Arbeitskraft und Arbeitsmaterial zur Verfügung stand, mußte unter der allmächtigen Herrschaft des Militarismus zur Erzeugung von Kriegswaffen (im weitesten Sinne) dienen. Es gab allmählich keine Kohle, um Ziegel zu brennen, keinen Zement und kein Bauholz, kein Metall und endlich keine Arbeitskraft für die Herstellung von menschlichen Wohnungen; was davon vorhanden war, wanderte in die Kriegsfabriken, in die Etappe und den Schützengraben. Angefangene Wohnhäuser blieben unvollendet, an den Bau neuer war überhaupt nicht zu denken. Aeltere Gebäude, die knapp vor dem Kriege der Ausbesserung bedurft hätten, die vielleicht schon vorgesehen war, mußten verkommen, weil Arbeitskräfte und Stoffe fehlten.

Dazu ist zu bedenken, daß in jedem Kriegsjahr eine gewaltige Zahl von jungen Leuten in das Alter der wirtschaftlichen Selbständigkeit aufrückte, die vielfach daran gingen, eine eigene Familie zu begründen und die hierzu nötige Wohnung zu beanspruchen.

**Für sie alle ist kein Platz,**

wenn ihrer vermehrten Zahl nicht die vermehrte Wohngelegenheit geschaffen werden kann.

In gewissem Ausmaß ist auch die Zuwanderung in die Städte als Ursache des Wohnungselends anzuschuldigen. Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten und solche, die ihre bisherige Tätigkeit verlassend, den Industriezentren mit ihrer günstigen Arbeitsgelegenheit zustrebten, füllten die Städte; viele Deutsche, die im Ausland gelebt hatten, wanderten mit Ausbruch und während des Krieges in die Heimat zurück, die letzten offenen Wohngelegenheiten in Anspruch zu nehmen und so die Wohnungsnot vermehrend.

Kinder ohne Aufsicht auf der Straße verrohend; Mädchen und Jünglinge der Arbeiterjugend ohne Heim den entsittlichenden Einflüssen des Massenquartiers unterliegend; Familien entweder in die unfreundliche Lage des Notunterstandes gepreßt oder durch die Ausnützung letzter Möglichkeiten in verschiedene Quartiere verteilt, zerrissen, ihren seelischen Zusammenhang verlierend; Tuberkulose, Syphilis, chronische Hautkrankheiten in engen, ungesunden Wohnstätten — das sind die volkszerstörenden Folgen des deutschen Wohnungselends.

Nun haben die Behörden ja schon während des Krieges begonnen, durch Notstandsverordnungen die übelsten Wirkungen einzudämmen. Mit immerhin beachtenswertem Eingriff in die kapitalistischen Eigentumsrechte wurde die Miet- und Kündigungsverordnung den Verhältnissen einigermaßen angepaßt und die drückendsten wirtschaftlichen Folgen hintangehalten, die von den sozial einsichtslosen Vermietern auf die ohnedies schon im Uebermaß belasteten Schultern der Mieter abgewälzt werden sollten. Aber der Arm der Behörden wird nicht allzu weit gestreckt, wenn er in die

**kapitalistische Profitwut**

eingreifen soll. Schiebertum und Mietpreiswucher blühten im geheimen wie nur irgendeine der Sumpfpflanzen der Kriegswirtschaftswildnis. Die Schaffung von ungerechtem und nicht erarbeitetem Mehrwert aus dem Bodenbesitz feierte wahre Orgien. Auch die Erstellung von Notstandswohnungen in Baracken, verlassenen Kasernen und Fabriken konnte nur wenig fühlbare Abhilfe bringen; abgesehen davon, daß es für den Städter und Kulturmenschen schwer ist, plötzlich mit den primitivsten Wohnräumen zufrieden zu sein und höchste Arbeit zu leisten, wenn ihn nach ihr die traurige Oede eines unfreundlichen Notraumes erwartet. Andererseits wieder ist es den wenigsten möglich, wenn ihnen etwa durch die Wohnungsbehörden eine leerstehende Behausung mehrfacher Haus- oder Wissenbesitzer zugewiesen wurde, die dem kapitalistischen Besitzer gewohnten Luxuspreise zu bezahlen. Hier mußte der ortsübliche bürgerliche Mietpreis der Notwohnung zugrunde gelegt werden.

Aber das ist das Aufreizende an den beklagten Verhältnissen: Wer Geld im Ueberfluß besitzt, der kann sich auch heute noch allüberall dem Notstand der Allgemeinheit entziehen. Der Kapitalist mietet eine ganze Flucht von Zimmern für seinen Spielklub (wieviele solche sind in den Großstädten schon aufgehoben worden, wieviele bestehen noch!) und brennt Gas und elektrisches Licht bis in den leuchtenden Morgen hinein; der Reiche versperrt seine Stadtwohnung, läßt die Rolläden vor die Fenster und zieht sich nach getaner Arbeit mit der Kuponschere für Monate in sein Landhaus am See oder im Gebirge zurück; wer Geld besitzt, glaubt damit auch heute noch jeder Besitzerlaune frönen zu dürfen und für Aufbewahrung von Koffern und Kisten, für ein Bad seiner Hausklaven, die natürlich nicht die Wanne der edlen Herrschaft benutzen dürfen, für die Laune der Hausfrau ganze Wohnungen mieten zu dürfen. Er „hat's" ja, und ob andere dafür obdachlos auf der Straße stehen, das ist dem Geldmenschen gleichgültig.

Es bleibt auch in dieser Frage, der der Wohnungsnot, kein anderer Ausweg,

**kein anderes Hilfsmittel,**

als die sozialistische Beseitigung des Privatbesitzes. Ohne Zorn und Eifer, ganz objektiv betrachtet, zeigt die Lage keine andere Lösung, als die von uns Arbeitern längst als einzige erkannte: die Gesellschaft und die unsozialen, egoistischen Triebe der Einzelnen sind nur durch den Sozialismus zu verbessern, nur durch ihn auch werden die Menschen zu menschenwürdigen Wohnmöglichkeiten gelangen.

Hoffentlich bleibt der hierin durch die Not des Krieges gemachte Anfang nicht beim Heutigen stehen, hoffentlich greifen Regierung und Behörden hilfreich in diese notwendige Entwicklung ein!

## Kein Streik im Mansfelder Bergbau.

**Hettstedt, 5. August 1919. (Eig. Drahtnachricht d. V.) Im Hettstedter Messingwerk war vergangene Woche ein Konflikt ausgebrochen. Wir haben über denselben am Sonnabend ausführlich berichtet. Die unabhängige Presse machte daraus gleich einen Streik im Mansfelder Bergbau. Die Arbeit ist heute zu den Bedingungen der Mansfelder Gewerkschaft wieder aufgenommen worden. Die vier Arbeiter, die gewaltsam gegen die Betriebsleitung vorgingen, wurden entlassen. Die Streikgefahr ist behoben.**

## Die Ratifizierung in Amerika und Italien.

WTB. **Amsterdam, 4. August.** Laut Pressebüro „Radio" erklärte Präsident Wilson dem Senator Watson, wenn der Senat die Ratifizierung des Friedensvertrages noch länger hinauszöge, dann könne in Europa eine ernste Krisis entstehen. Watson bestand darauf, daß bei der Ratifizierung ein Vorbehalt gemacht werde, in dem er darlegte, daß die Stärke der Vereinigten Staaten im Kriege ihrer unabhängigen Stellung zuzuschreiben war und daß diese Stellung dem Völkerbund vorteilhaft sein würde. Bei dieser Gelegenheit erklärte Wilson auch, Rußland müßte seine Rettung selbst ins Werk setzen. „New York Times" melden, daß unter den republikanischen Senatoren sehr verschiedene Ansichten bezüglich der zu machenden Vorbehalte herrschen und daß zahlreiche Beratungen abgehalten worden sind, um ein Programm zu formulieren.

Im italienischen Friedensausschuß trat Ministerpräsident Nitti dafür ein, sobald wie möglich den Friedensvertrag mit Deutschland zu ratifizieren.

### Beitritt der Schweiz zum Völkerbund.

WTB. **Bern, 4. August.** Schweizerische Depeschen-Agentur. Der Bundesrat hat heute in zwei außerordentlichen Sitzungen den Text der Botschaft, betreffend den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund beraten und einstimmig beschlossen, bei den eidgenössischen Räten den Beitritt in Form eines Zusatzartikels zur Bundesverfassung zu beantragen.

### Keine feindliche Besatzung für Danzig.

WTB. **Versailles, 4. August.** „Intransigeant" als einziges Blatt meldet: Der Oberste Rat der Alliierten habe sich nicht über die Frage der militärischen Besetzung von Danzig einigen können. Danzig bleibe deshalb ohne militärische Besetzung.

### Prinz Max von Baden zur Kaiser-Abdankung.

Die „Köln. Ztg." erfährt aus Karlsruhe: Prinz Max von Baden macht in einer längeren Veröffentlichung Mitteilung über das Telephongespräch, das er am 8. November abends mit dem Kaiser gehabt hat. Das Gespräch dauerte ungefähr 20 Minuten und wurde mit großer Heftigkeit geführt. Er war, so schreibt Prinz Max, erschreckend unorientiert über die Stellung der Truppen zu seiner Person, sprach von einer militärischen Expedition gegen Berlin und weigerte sich, meine Vorschläge zur Abdankung überhaupt zu erwägen. Hätte die Oberste Heeresleitung dem Kaiser am 8. November die Wahrheit über die Armee gesagt, die sie ihm endlich am 9. November mitteilte, so zweifle er nicht, daß der Kaiser am 8. November abends den Thronverzicht ausgesprochen haben würde. Dann hätte es nach menschlichem Ermessen am 9. Novmeber in der Macht der Mehrheitssozialisten gestanden, den größten Teil der Arbeiter in den Fabriken zurückzuhalten. Gewiß, es wäre auch dann noch zum Aufruhr gekommen, aber er wäre auf die radikalen Elemente beschränkt geblieben. Die Truppen hätten sich in Berlin zuverlässiger gehalten. Einer der gefährlichsten Berührungspunkte zwischen den aufrührerischen Arbeitern und Soldaten war die Tatsache, daß der Kaiser nicht abgedankt hatte.

### Unabhängiger Sprengversuch der „Internationale".

Ueber einen Sprengversuch in der Internationale durch die Unabhängigen läßt sich der „Vorwärts" aus Luzern berichten. Hilferding habe im Namen der unabhängigen Parteileitung ausgeführt, daß letztere nur dann der Internationale angehören könnten, wenn in dieser kein Raum für die Mehrheitssozialisten sei. Wels sei den Ausführungen Hilferdings entgegengetreten und habe dessen Behauptungen über die Entstehung der Revolution und über die angeblichen Verdienste der Unabhängigen widerlegt. Unter lebhaftem Widerspruch Hilferdings habe er darauf hingewiesen, daß die Unabhängigen unter dem Diktat der Kommunisten ständen und unter diesem Einfluß jetzt auch die Internationale sprengen wollten. Auch Bernstein habe sich gegen Hilferding gewendet und betont, daß die deutsche Volkswirtschaft auf die Tätigkeit der deutschen Unternehmer noch nicht verzichten könne.

### Unruhen und Plünderungen auch in England.

WTB. **London, 4. Aug. (Reuter.)** Im Verlaufe von wilden Szenen und Plünderungen, die sich am Sonnabend abend und Sonntag morgen im Arbeiterviertel von Liverpool ereigneten, fanden 200 Verhaftungen statt. Weitere 1600 Mann Truppen sind in Liverpool eingetroffen, wo die Behörden jetzt hoffen die Ordnung aufrechterhalten zu können. Auf einer Versammlung der Gewerkschaftler in Liverpool wurde gestern abend der allgemeine Sympathiestreik mit der Gewerkschaft der Polizisten beschlossen. In Birmingham sind 400 Polizisten in den Ausstand getreten. Gestern plünderte der Mob die Läden in Birkenhead.

### Landarbeiterstreik im Bezirk Kassel.

**Kassel, 4. August. WTB. meldet von hier: Heute früh ist auf fast allen Gütern des Bezirkes Kassel der Landarbeiterstreik ausgebrochen, nachdem die Verhandlungen über einen neuen Tarif trotz äußersten Entgegenkommens nicht zur vollen Zufriedenheit der Landarbeiterorganisation ausgefallen sind. Vorläufig beschränkt sich der Ausstand auf die großen Güter. Die Arbeiter auf den mittleren und kleineren Höfen arbeiten noch. Es besteht Hoffnung, den Streik in aller Kürze beizulegen.**


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190805-14/fragment/page=0001

# Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Der Friede ist geschlossen und über 800 000 Kriegsgefangene kehren bald in die Heimat zurück. Die Zahl der Arbeitslosen wird dadurch noch gewaltig vermehrt werden. Viele davon kommen aus harter Frohn in Feindesland zurück und werden sich wieder nach einem geordneten Arbeitsleben sehnen. Auch eine große Anzahl Seeleute, die über vier Jahre interniert waren und von jeder Arbeit systematisch abgehalten wurden, werden sich erst wieder eingewöhnen müssen. Scharen von Flüchtlingen werden aus den besetzten Gebieten zu uns kommen und so neue Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkte bringen.

Was dann? In den Großstädten herrscht eine große Arbeitslosigkeit, aber auf dem Lande werden dringend Arbeitskräfte gesucht, nur die Ernte zu bergen. Fast 1½ Millionen Mark täglich gibt die Stadt Berlin für Arbeitslosenunterstützung aus — und die Landwirtschaft sucht Arbeitskräfte. Bürgerliche Volksredner verlangen daher stürmisch „den Abbau der Arbeitslosenunterstützung". Es hieß aber das Pferd am Schwanze aufzäumen, wollte man zuerst mit dieser Frage beginnen, statt für passende Arbeitsgelegenheit zu sorgen.

Deshalb muß in erster Linie an die Beschaffung der Arbeitsmöglichkeit gegangen werden. Unser Reichsministerium wird hier recht schnelle Arbeit leisten müssen und wird entgegen den Bedenken der Herren Geheimräte sicher einen Ausweg finden. Rohstoffe sind ja noch in Deutschland vorhanden. So wird gemeldet, daß z. B. die Marineverwaltung ein Lager an Kupferbeständen habe, und die Eisenbahnverwaltung klagt so sehr über Mangel an diesem kostbaren Rohstoff für Reparaturen der Lokomotiven. Die Eisenbahnwerkstätten klagen wieder über Mangel an Werkzeugen und die Werkzeugfabriken warten auf Aufträge. Kein Telegraphenapparat ist zu erhalten, obwohl die Rohstoffe zu beschaffen wären und die Fabriken fast stillstehen. Schreibmaschinen werden in Hülle gesucht und bei Bestellungen wird eine dreimonatliche Lieferfrist in Aussicht gestellt.

Deshalb keine Zurückhaltung der Behörden im Punkte Erteilung von Aufträgen trotz sehr gespannter Etats, wenn dadurch Arbeitsmöglichkeit geschaffen werden kann. Fehlt es an passenden Fabrikeinrichtungen, wie z. B. im Lokomotivbau, so muß man eben zur Linderung der Arbeitslosigkeit vorübergehend das Dreischichtsystem einführen, um dadurch Tausende von Metallarbeitern mehr zu beschäftigen. Die Wohnungsnot schreit zum Himmel und Tausende von Bauarbeitern sind ohne Beschäftigung. Es fehlt nur an Rohmaterialien. Die Ziegeleien z. B. erklären wieder, daß sie aus Mangel an Kohle den Betrieb nicht eröffnen können. Nun haben Genossen an verschiedenen Orten festgestellt, daß Kohlen inzwischen beschafft und trotzdem die Betriebe nicht eröffnet wurden. Genossen von Merseburg teilten uns mit: „Ziegeleien haben in der nächsten Umgebung von Kohlengruben abgelehnt, zu fabrizieren. Die Stadt hat zwangsweise den Betrieb eröffnet. Sogleich waren die Unternehmer bereit. Also nicht am Kohlenmangel hat es gelegen. Es fehlen auch zirka 500 Bauarbeiter (zum Bau von Wohnhäusern)."

Man vermutet daher mit Recht, daß das Kartell der Ziegeleibesitzer künstlich die Produktion zurückhält, um so die hohen Preise zu halten, die durch nichts gerechtfertigt sind. Dagegen ist schärfstes Einschreiten geboten. Wer nicht den Betrieb öffnet, trotzdem dies möglich ist, dessen Fabrik muß für Rechnung und Gewinn des Staates betrieben werden. Wer den Acker brach liegen läßt, obschon er Arbeitskräfte bekommen kann, muß denselben der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Also erst Zwang zur Produktion, dann erst Zwang zur Arbeit, die nicht mutwillig ausgeschlagen werden darf.

Ganz verkehrt wäre es aber, wollte man zur Erhebung der fehlenden Arbeitskräfte auf dem Lande städtischen Arbeitern die Uebersiedlung auf das Land zur Pflicht machen. Wäre im Ernstfalle den Landwirten damit gedient? Sie würden doch nur ungeschulte Kräfte erhalten, die die Produktion nur verteuern, anstatt zu verbilligen, die Bergung der Entente erst recht in Frage stellen.

Gibt es denn gar keine anderen Mittel? Fahren doch jetzt noch täglich Hunderttausende von Arbeitern vom platten Lande in die Stadt hinein, um dort ihren arbeitslosen Kollegen das Brot wegzunehmen. Sie müssen mindestens während der Ernte an ihrem Ort bleiben und den dortigen Landwirten helfen. Damit trifft man zwei Fliegen mit einem Schlag. Die Landwirtschaft erhält leistungsfähige Arbeitskräfte, die sie kennt und schätzt, und die Wohnungsfrage der Landarbeiter wäre eher gelöst. Man kann doch nicht städtischen Arbeitern zumuten, daß sie auf dem Lande Notquartiere beziehen, in Scheunen oder in verseuchten Russenquartieren, und die Arbeiter vom Lande zur Stadt mit billigen Fahrkarten zur Arbeit schicken.

Langsam, aber sicher werden unsere Betriebe wieder in Gang kommen. Dann erst Arbeitszwang, da mit dem Aufschwung unserer Produktion sich sicher bald ein Arbeitermangel einstellen wird. Liegen doch Millionen unserer besten Arbeitskräfte tot unter dem Rasen; Millionen wurden verkrüppelt aus den Lazaretten entlassen, die nur als halbe Arbeitskräfte noch gelten können.

(E. G. im Vorwärts.)

## Erleichterungen bei der Besetzung des Rheinlandes.

WTB. **Berlin, 4. Aug. Der „Temps" veröffentlicht den Text einer am 16. Juli zwischen Wilson, Clemenceau und Lloyd George getroffenen Abmachung, die wörtlich wie folgt lautet: „Die a. und a. Mächte haben noch nicht darauf bestanden, zu erklären, daß die Besetzungsperiode bis zur vollständigen Erfüllung der Wiedergutmachungsklauseln dauere, weil sie glaubten, daß Deutschland verpflichtet werden müßte, alle Beweise seines guten Willens und alle notwendigen Garantien vor der Beendigung der Periode von 15 Jahren zu geben. Da die durch die Besetzung notwendigen Ausgaben eine entsprechende Verminderung der für die Wiedergutmachung zur Verfügung stehenden Summe nach sich ziehen müsse, haben die a. u. a. Mächte durch Artikel 431 des Friedensvertrages festgesetzt, daß, wenn zur Beendigung der 15 Jahre Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, die ihm der Friedensvertrag auferlegt, die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen werden. Wenn Deutschland zu einem früheren Termin den Beweis seines guten Willens und die erforderlichen Garantien gegeben hat, um die Ausführung dieser Verpflichtungen sicherzustellen, werden die daran interessierten a. und a. Mächte bereit sein, unter sich ein Abkommen zu treffen, um der Besetzungsperiode früher ein Ende zu machen. Für jetzt und die Zukunft sind die Mächte, um die Lasten für die Wiedergutmachung zu verhindern, bereit, zuzugestehen, daß, sobald sie davon überzeugt werden, die Summe, die Deutschland für die Unterhaltung des Besatzungsheres auszugeben hat, die Summe von 240 Millionen Goldmark nicht übersteigen werde. Dieses Abkommen kann modifiziert werden, sobald die a. und a. Regierungen der Ansicht sind, daß eine derartige Abänderung notwendig ist."**

## Nitti über Deutschlands Zukunft.

In einer Unterredung, die der römische Berichterstatter des Matin soeben mit dem italienischen Ministerpräsidenten Nitti hatte, sagte dieser mit Bezug auf Deutschlands künftige Entwicklung das folgende: „Deutschland ist nicht tot. Es wird seinen Weg wieder aufnehmen. Meine Ueberzeugung ist, daß dieses Land sich schneller erheben wird, als man denkt. Gerade die Anstrengung, die es macht, um sein Unglück zu heilen, wird bei ihm zu Ordnung und Disziplin führen."

## Maßnahmen zur Erhöhung der Kohlenförderung.

Wie den P. P. N. aus Weimar berichtet wird, kommt voraussichtlich am Montag Ministerpräsident Bauer aus Weimar nach Berlin zurück.

Der Ministerpräsident hat die drei Bergarbeiterorganisationen, die Gewerkschaftszentrale, die Zentralstelle der Angestelltenorganisationen des rheinisch-westfälischen Zechenverbandes und der oberschlesischen Zechen für Mittwoch nach Berlin zu einer Konferenz eingeladen. Es sollen Maßnahmen zur Erhöhung der Kohlenförderung erörtert werden.

## Preußen und die neuen Reichssteuern.

**Berlin**, 5. August. Der Hauptausschuß der preußischen Landesversammlung beschäftigte sich gestern unter Hinzuziehung der Fraktionsführer mit dem Plan der Reichsregierung, die Verwaltung der direkten Steuern auf das Reich zu übernehmen. Der von mehreren Parteien erhobenen Forderung der Einberufung der Landesversammlung für den 12. August wurde von dem Vertreter des Reichsfinanzministeriums entgegengehalten, daß die Reichsregierung nicht bis zur nächsten Woche warten könne. Der Führer der Deutsch-nationalen Volkspartei machte für seine Person, ohne seine Fraktion zu binden, Bedenken und Vorschläge geltend. Nach langer Debatte ergab sich Einstimmigkeit darüber, daß die Vertreter Preußens im Staatenausschuß dem Plan der Reichsregierung nur dann zustimmen, wenn in den Steuergesetzen Sicherungen dafür vorhanden sind, daß die Einzelstaaten und Gemeinden nicht durch Mangel an Mitteln ihres Eigenlebens beraubt werden.

## Preußisch-polnische Verhandlungen.

WTB. **Berlin, 4. August. Wie wir aus zuverlässiger Quelle hören, beginnen die direkten Verhandlungen zwischen Preußen und Polen am Mittwoch in Berlin.**

## Polnische Meutereien in Posen.

**Berlin, 5. August. Ueber Meutereien in Posen läßt sich der „Vorwärts" ausführlich aus. Die Unzufriedenheit der Soldaten über das russische System nähme immer mehr zu. Die polnischen Volksbeglücker glaubten mit Strafen, Verhaftungen, Unterdrückung der öffentlichen Meinung das Volk zur Raison zu bringen. In Posen werde jede sozialistische Propaganda mit dem Tode bestraft.**

## Verbrecher am Vaterlande.

**Basel, den 4. August. WTB. meldet: In der Schweizer Presse wird darauf hingewiesen, daß zahlreiche wohlbemittelte Deutsche, die sich in der Schweiz aufhalten, versuchen, ihre Entlassung aus dem deutschen Staatsverband zu erhalten, um den drohenden Steuerlasten zu entgehen. Die Deutschen wollen sich dann naturalisieren lassen. Mehrere Schweizer Zeitungen betonen jedoch, daß diese Deutschen nicht als Schweizer gelten können und warnen die Regierung, diese Gesuche ohne weiteres zu genehmigen.**

## Die Streiklage in Schlesien.

Wie den P. P. N. aus Breslau gedrahtet wird, streikt in Oberschlesien die Paulus-Grube wegen der Einstellung von ca. 20 Reichswehrsoldaten. Die Deutschland-Grube mußte Freitag geschlossen werden. Die Arbeiter setzten den Direktor ab. Daraufhin legten sämtliche Beamte die Arbeit nieder, was zur Schließung der Grube führte.

# Sowjet-Ungarns Ende.

In demselben Augenblick, in dem die internationale Sozialistenkonferenz von Luzern zusammentrat, hatte sich die Unterwerfung Ungarns unter das Diktat des Ententeimperialismus vollzogen. Sinnfälliger konnte die Ohnmacht der Sozialisten- und Arbeiterparteien in den Ententeländern nicht in Erscheinung treten. Denn standen die Sozialisten des bisher feindlichen Auslands dem Deutschland, der Ebert-Scheidemann dank der vierjährigen Kriegshetze und der zendenziösen Beeinflussung durch die Unabhängigen höchstens mit halben Sympathien gegenüber, so gehörte Sowjet-Ungarn ihr ganzes Herz. Bei keiner ihrer Manifestationen vergaßen sie gegen eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Sowjet-Ungarns und Sowjet-Rußlands feierlich Protest zu erheben. Es hat ihnen und Sowjet-Ungarn nichts genützt. Sowjet-Ungarn ist durch den Druck der äußeren Umstände zerfallen, wie es seinerzeit durch eben diesen Druck entstanden war.

Sein Fall bedeutet den vollen Sieg und die Herrschaft des Ententeimperialismus bis an die Grenzen Rußlands und die hoffnungslose weltpolitische Isolierung dieses Reichs. Von den inneren Vorgängen in Rußland wissen wir wenig, da die Zensur der Diktatoren und die Blockade der Entente einen dichten Schleier über sie ziehen. Wir wissen aber immerhin, mit welchen überschwenglichen Hoffnungen in Rußland der Sieg des Bolschewismus in Ungarn und sogar auch einst das dürftige bolschewistische Zwischenspiel in München begrüßt worden ist. Daraus kann man schließen, daß der Zusammenbruch Sowjet-Ungarns den stärksten Eindruck auf die öffentliche Meinung Rußlands (soweit von einer solchen überhaupt noch gesprochen werden kann) nicht verfehlen wird. Mit Ungarn bricht die letzte Säule der weltrevolutionären Hoffnungen zusammen, die für den Fortbestand der russischen Sowjet-Diktatur den einzigen Rechtfertigungsgrund bilden.

Wenn hier von Weltrevolution die Rede ist, so ist dieser Begriff in dem Sinne gemeint, wie er von den russischen Bolschewisten und den Kommunisten der andern Länder gemeint ist, als ein sich selbst überstürzender Umwandlungsprozeß, in den die Welt eingetreten sei und der sich in atemraubender Hast bis zur vollen Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung entwickeln soll. Die Erfahrung hat gelehrt, daß wir in einer Weltrevolution dieser Art nicht stehen: Gewiß sind die ungeheuren Umwälzungen, die der Weltkrieg eingeleitet hat, noch lange nicht abgeschlossen, und wenn man sie nach Jahren oder Jahrzehnten in ihrer Gesamtheit übersehen wird, wird man wohl von einer Weltrevolution sprechen dürfen. Worüber sich die Bolschewisten, Kommunisten und die ihnen Gefolgschaft leistenden Unabhängigen täuschen, das ist das Tempo dieser Entwicklung und ihre Dichtung im einzelnen. Es ist wahr, daß die Entwicklung, in der sich Europa befindet, schließlich zur Verwirklichung des Sozialismus führen muß, es ist aber unwahr, daß diese Entwicklung binnen kurzer Zeit oder überhaupt in allen Ländern über die Errichtung einer Räte-diktatur gehen wird. Rußland und Ungarn sind keine Vorbilder und keine Bahnbrecher der sozialistischen Entwicklung.

Für den Marxisten muß es eine Selbstverständlichkeit sein, daß die Mission, die Führung zum Sozialismus zu übernehmen, den kapitalistisch fortgeschrittesten Völkern, den stärksten, bestorganisierten, gebildetsten Proletariaten der Welt zufällt.

Das Sowjet-System aber hat seinen besten Nährboden gerade dort gefunden, wo die kapitalistische Entwicklung am weitesten zurückgeblieben, das Proletariat am schwächsten und schlechtesten ausgebildet und organisiert ist. Es hält sich am längsten in Rußland mit seinen wenigen Industriezentren, seinem vorwiegend agrarischen Charakter, seinem gewaltigen Analphabetentum. Es hat in Ungarn, wo die wirtschaftlich-gesellschaftlichen Verhältnisse einigermaßen ähnlich liegen, einige Monate zu dauern vermocht, in dem kapitalistisch weiter fortgeschrittenen, sozial stärker differenzierten Bayern hat es nicht mehr als eine Herrschaftsperiode von wenigen Wochen zustande gebracht. Daraus ergibt sich der Erfahrungssatz: Je schwächer das moderne Proletariat in einem Lande ist, je geringer die politischen Erfahrungen sind, auf die es zurückblicken kann, desto schärfer sind die Aussichten für eine sogenannte „Diktatur des Proletariats". Je stärker aber das moderne Proletariat in einem Lande ist, desto sicherer ist es — trotz aller Stimmungsschwankungen — auf dem demokratischen Weg zum Sozialismus verwiesen.

Sowjet-Ungarn und Sowjet-Rußland sind Kapitel aus der Geschichte der Verwirrung des Sozialismus. Ungarns Fall kann nichts anderes sein als das Vorspiel von Rußlands Fall. Es ist eine tragische Entwicklung, die sich hier vollzieht, aber auch eine notwendige.

## Koalitionsregierung in Ungarn.

### Vormarsch der Rumänen.

**Budapest**, 4. August. (WTB.) Ungar. Korr.-Büro. Die rumänischen Truppen sind bis zur Gemarkung von Budapest vorgedrungen. Hier erschien Kriegsminister Haubrich und Bürgermeister Harre, welche mit dem Kommandanten der rumänischen Truppen General Rurescu in Verhandlungen eintraten. Letzterer erklärte, er habe Befehl, den Vormarsch nur bis zur Grenze des Budapester Staatsgebietes fortzusetzen. Zur Besetzung der Stadt habe er keinen Befehl erhalten. In die Angelegenheit der Aufrechterhaltung der Ordnung von Budapest werde er sich nicht einmengen. Dies sei die Aufgabe der ungarischen Regierung. Bezüglich der Einquartierung der bis vor Budapest vorgedrungenen rumänischen Soldaten wurde vereinbart, daß die Regierung nicht auf Grund der Besetzung, sondern auf Grund des Gastrechts den rumänischen Soldaten, die an der Peripherie der Hauptstadt gelegene Kavalleriekaserne zur Verfügung stellt.

Nach bürgerlichen Privatmeldungen sollen die Rumänen schon in Budapest eingezogen sein und wie die Vandalen gehaust haben. Nach allen einwandfreieren Meldungen aber haben die Rumänen vor Budapest halt gemacht. Clemenceau hat sich geäußert, daß sich die Entente nicht in die inneren Verhältnisse Ungarns einmischen wolle, daß sie aber den Vormarsch der Rumänen erst dann anhalten könne, wenn die Ungarn den Waffenstillstand bedingungslos angenommen haben.

WTB. **Budapest**, 4. August. Ungar. Korr.-Büro. Die „Esti Nepszava" meldet, die provisorische Regierung hat entsprechend dem Prinzip der Demokratie vorbereitende Schritte getan, um sich aus Vertretern der außerhalb der Arbeiterklassen stehenden Parteien des Landes zu ergänzen, damit auf diese Weise sämtliche Schichten des Volkes an den Regierungsarbeiten teilnehmen, bis die ganze Bevölkerung im Wege der Ausübung des allgemeinen Wahlrechts ihre politische Ueberzeugung kundgeben kann.

Das Vordringen der rumänischen Truppen bis Budapest hat in der Verpflegung der hauptstädtischen Bevölkerung eine kritische Lage geschaffen. Die ungarische Regierung hat die rumänische Heeresleitung ersucht, im Interesse der Versorgung der Hauptstadt Nahrungsmittel-Transporten keine Schwierigkeiten zu bereiten.

**Wien, 4. August. (Privat-Meldung.) Die Umwandlung der gestern in Budapest eingesetzten rein sozialistischen Regierung in ein Koalitionsministerium geht schneller vor sich, als man erwartet hatte. Noch am heutigen Tage soll die neue Ministerliste bekanntgegeben werden, die eine Verteilung von Portefeuilles auch an Vertretern des Bauern- und Bürgerstandes aufweist. In die städtische Verwaltung Budapests sind bereits bürgerliche Demokraten eingezogen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190805-14/fragment/page=0002

## Mißglückte Generalstreikhetze im Ruhrgebiet.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet werden immer wieder Flugblätter verteilt, die wegen der im Industriegebiet verhafteten Arbeiterführer zum Generalstreik auffordern. Der Aufforderung wird von der Arbeiterschaft, wie die P. P. P. berichten, nicht gefolgt.

**Bedingungslose Aufnahme der Arbeit.**

WTB. Essen, 4. Aug. Die Belegschaft der Zeche „Diergardt", die als einzige Belegschaft des Ruhrkohlengebietes auf die Aufforderung der Kommunisten und Unabhängigen hin zur Unterstützung der Forderung auf sofortige Freilassung der in Schutzhaft befindlichen politischen Gefangenen in den Generalstreik getreten war, hat die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen.

## Unabhängige Gesühlsverlumpung.

An anderer Stelle berichten wir über den Tod des Genossen Hugo Heinemann. Das Volksblatt schreibt zu dem Tode des verdienten Genossen folgende Gemeinheit:

„Heinemann, der zu den Rechtssozialisten gehörte, war während des Krieges einer der schlimmsten Nationalisten und Durchhalter. Dem rechtssozialistischen Parteivorstand hat er bei den Gewaltakten gegen die Opposition, insbesondere beim Raub des Vorwärts, juristische Handlangerdienste geleistet. Nach der Revolution, deren erbitterter Gegner er war, erhielt er als Belohnung für seine treuen Dienste den Posten des Unterstaatssekretärs."

Die Notiz ist Wort für Wort der Berliner Freiheit entnommen. Der Vorwärts schreibt zu dieser Freiheit-Notiz folgendes:

„Selbst Tote sind vor dem Schandblatt, das sich Freiheit nennt, nicht mehr sicher. Die Freiheit weiß ganz genau, daß die selbstlose Art des Genossen Heinemann auch solchen ihrer Anhänger, die jetzt führend geworden sind, in seiner Rechtsanwaltstätigkeit zum Vorteil geworden ist. Es kommt ihr jedoch darauf an, jeden zu verunglimpfen, der sich nicht das Mitgliedsbuch ihrer Partei gekauft hat. Und diese Gesinnungsverlumpung respektiert selbst die Toten nicht."

Das hier für die Freiheit Gesagte trifft ebenso auf das Volksblatt zu.

## Fanatiker der U. S. P.

Der zweite Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes Berlin, Oskar Rusch, einer der neuen unabhängigen Gewerkschaftsführer, war bis zum 16. Dezember 1918 Mitglied der S. P. D. und ein besonders treuer Verfechter der Kriegspolitik der Partei und der Generalkommission. Noch im November 1918 soll er bei einer politischen Auseinandersetzung über die verschiedenen Strömungen innerhalb der S. P. D., bei der auch die Namen Liebknecht und Luxemburg fielen, erklärt haben, man würde „am besten die ganze Bande an die Wand stellen". Jetzt vertritt er den reinen Rätegedanken, fordert die Ausschließung aller Mehrheitssozialisten von Vertrauensämtern und betreibt ein Ausschlußverfahren gegen diejenigen Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, die sich seiner „sozialpatriotischen" Ueberschwänglichkeit noch erinnern.

## Unabhängige Sozialisierungssabotage.

Bei der dritten Lesung der Verfassung wurde die Bestimmung aufgenommen, daß die Sozialisierung nur auf dem Rechtswege vorgenommen werden könne. Damit fällt das erste für Preußen geplante Sozialisierungsgesetz, betreffend die Sozialisierung der Charlottenburger Wasserwerke. Dieses Gesetz schloß den Rechtsweg aus. Im Ausschuß der Preußischen Landesversammlung beantragen die Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie, dieses Gesetz noch vor den Ferien zu verabschieden. Nicht nur der Demokrat Dominicus, sondern auch der Unabhängige Dr. Kurt Rosenfeld stimmte gegen diesen Antrag, inzwischen ist nun die neue Verfassung Gesetz geworden und so unter Mithilfe der Unabhängigen das erste für Preußen geplante Sozialisierungsgesetz ins Wasser gefallen.

## Die Folgen der alldeutschen Niederlage.

Die Enthüllung der alldeutschen Schandtaten, die in den letzten Tagen Schlag auf Schlag einem Unwetter gleich auf die Häupter der schuldigen Alldeutschen herniedergeprasselt sind, sind diesen in einer Weise in die Glieder gefahren, daß sie ungewollt selbst enthüllen — allerdings nichts anderes als die große Herzensangst, in der sie schweben. Von den radauantisemitischen Flegeln war man es gewohnt, daß sie, sobald ihnen etwas schief ging, sich nach einem Prügelknaben umsahen und sich zu diesem lauteren Zweck ihrer jüdischen Mitbürger bedienten. So hat denn im ganzen Reiche eine wüste Judenhetze begonnen, die geradezu ekelhaftig wirkt. Die konservative Presse aber pöbelt jetzt vor allem Noske an, weil er sich gegen die Antisemitenhetze im Heere gewandt hat. Nach jeder Niederlage wird eben jemand gesucht, an dem man die Wut auslassen kann. So ist es immer, so ist es auch nach den Enthüllungen bei den Alldeutschen.

## 25 Millionen Menschen verloren!

Die Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges hat soeben ihr fünftes Bulletin herausgebracht, das die Bevölkerungsbewegung Oesterreich-Ungarns im Weltkriege behandelt. Obwohl die Gesamtergebnisse nicht überall auf Statistiken, sondern teilweise nur auf Schätzung beruhen, können sie doch wegen der großen Fülle und sorgsamen Bearbeitung des gesammelten Materials als zuverlässig gelten. Danach hat Oesterreich-Ungarn anderthalb Millionen Tote im Felde gehabt. Dazu 625 Tausend Tote mehr als normal gestorben wären infolge der Blockade und des Hungerkrieges. Weniger geboren wurden in Oesterreich-Ungarn während der Kriegsjahre über 3¼ Millionen Kinder, so daß der Gesamtverlust Oesterreich-Ungarns an Menschen durch den Weltkrieg nahezu 5¼ Millionen erreicht. Da Deutschlands Menschenverlust durch den Weltkrieg 5¾ Millionen übersteigt, haben diese beiden Mächte insgesamt durch den Weltkrieg 11 Millionen Menschen verloren. Eine entsetzliche, eine grausame Zahl. Es ist so, als ob ganz Skandinavien mit einem Schlage seiner sämtlichen Bewohner beraubt worden wäre.

Erst wenn man sich diese Verlustzahlen vergegenwärtigt, erst wenn man sich klar macht, daß der Weltkrieg mindestens 25 Millionen Menschen das Leben gekostet hat, begreift man die Fiebererscheinungen des rasenden Chauvinismus und Bolschewismus, welche jetzt die Menschheit schütteln. Die Menschheit hat im Laufe ihrer Geschichte große Kriegskrisen durchgemacht und überwunden, denn sie hat eine ungeheure Regenerationskraft. Aber zweifellos werden Jahrzehnte vergehen, ehe die Folgen des jetzigen furchtbaren Völkergemetzels als halbwegs überwunden gelten können. —

## Kein Generalstreik in der Schweiz.

WTB. Zürich, 4. Aug. (Drahtnachricht.) Schweizerische Depeschenagentur. Heute morgen ist die gesamte aufgebotene Infanterie und Kavallerie in die Stadt eingerückt und hat den Schutz der öffentlichen Gebäude, der Banken und der großen industriellen Betriebe sowie der Hauptstraßen übernommen. Die Straßenbahner haben der Aufforderung, den Dienst wieder anzutreten, vollständig Folge geleistet, so daß der Straßenbahnverkehr seit heute 8 Uhr ganz normal ist. Es wurden Flugblätter, die zum Ausharren im Streik auffordern, beschlagnahmt. Durch einen Aufruf teilte die Streikleitung der Arbeiterunion Zürich mit, daß der Generalstreik weitergehe. In ihrer vierten Sitzung beschlossen die Sekretäre gestern morgen mit 473 gegen 37 Stimmen, den Streik abzubrechen. Die Arbeit wird um 2 Uhr wieder aufgenommen, wenn das Militär von den Straßen entfernt ist. In Basel wurden heute früh in ihren Wohnungen die beiden Sozialistenführer Meister und Weng, letzterer Präsident der Eisenbahner, verhaftet. Die kommunistische Partei von Biel protestierte am Samstagabend in einer öffentlichen Kundgebung gegen die Arbeitermorde in Basel, gegen die Preiserhöhung und gegen das Sklaventum in der Arbeiterschaft und beschloß, den Generalstreik zu unterstützen.

Die Berner Arbeiterschaft hat sich von vornherein gegen den Streik erklärt und nicht gestreikt.

## Vor einem Generalstreik in Amerika?

Der Präsident des amerikanischen Eisenbahnpersonal-Verbandes gab vor der Untersuchungskommission über den großen Eisenbahneraustand eine Erklärung ab, in der er u. a. betonte, daß sich Amerika infolge der Lebensmittelteuerung an der Schwelle eines Generalstreiks befinde. Wenn Kapital und Arbeiter nicht schleunigst Mittel und Wege fänden, um Hand in Hand zu arbeiten, würden in Amerika Unruhen ausbrechen, wie man sie noch nie gesehen habe.

Washington, 4. August. Um die Kosten für der Lebensunterhalt herabzusetzen, erdnete das Kriegsamt den sofortigen öffentlichen Verkauf aller für das Heer aufgekauften Mehrbestände an Lebensmitteln an.

**Eisenbahnverbindung zwischen Deutschland und Dänemark.** Amtlich wird in Kopenhagen bekanntgemacht, daß vom Dienstag, den 5. August ab die Eisenbahnverbindung zwischen Kopenhagen und Deutschland über Gjedser-Warnemünde mit dem neuen 8 Uhr 20 Min. von hier abgehenden Schnellzug durchgeführt wird.

**Polen ratifiziert.** Reuter meldet aus Paris: Das polnische Parlament hat den Friedensvertrag mit Deutschland und den Vertrag zur Verbürgung der Rechte der Minderheiten in Polen mit 265 gegen 41 Stimmen ratifiziert.

**Rücktritt der serbischen Regierung.** Das südslawische Pressbureau meldet: Ministerpräsident Pracic unterbreitete dem Regenten Alexander die Demission des Gesamtkabinetts.

# Gegen wen wird gestreikt?

Aus Fachkreisen wird uns geschrieben:

Die Lage unserer Kohlenversorgung, von der das Gedeihen unserer Industrie und Landwirtschaft, die Versorgung mit Lebensmitteln, Baustoffen und allen anderen Rohstoffen, aber vor allem auch die Arbeitsmöglichkeit abhängt, ist äußerst besorgniserregend. Die Steinkohlenförderung an der Ruhr und in Oberschlesien hat in den ersten 5 Monaten dieses Jahres knapp 60 Prozent der Förderung in der gleichen Zeit des Vorjahres betragen, nämlich an der Ruhr nur 26 Millionen Tonnen gegen 42 Millionen Tonnen, in Oberschlesien nur 10 Millionen Tonnen gegen 18 Millionen Tonnen. In der Braunkohlenförderung und Brikettenerzeugung liegen die Verhältnisse ähnlich. Die linksrheinischen Kohlengebiete, das Saargebiet, das Aachener Revier, das Kölner Braunkohlenrevier und das linksrheinische Gebiet des Ruhrreviers fallen für unsere Versorgung fast vollständig aus. Andererseits sind wir durch den Friedensvertrag gezwungen, Koks und Kohlen aus dem Ruhrrevier nach Lothringen und Luxemburg abzugeben. Die Aussicht auf eine Besserung für den Rest des Jahres ist kaum gegeben.

So hat die Versorgung der wichtigsten Verbrauchsstellen in beängstigender Weise nachgelassen. Ende Juni 1918 hatten die preußischen Staatsbahnen einen Kohlenbestand von 25 Tagen, der bis Ende September auf 36 Tage anstieg. Bei den anderen deutschen Eisenbahnen waren die Vorräte meist noch besser. In diesem Jahr war es unmöglich, die Eisenbahnen, diesen wichtigsten Faktor des wirtschaftlichen Lebens überhaupt mit Vorräten zu versehen. Sie haben zurzeit nur einen Bestand, der knapp ausreicht, ihr Existenzminimum zu decken.

Aehnlich liegt die Sache bei den Gaswerken. Sie haben keinerlei Vorräte, wie folgende Zahlen erläutern. Die Berliner Gasanstalten mit einem Monatsverbrauch im Winter von 180 000 Tonnen hatten im Juli 1918 einen Bestand von 150 000 Tonnen gegen nur 25 000 Tonnen jetzt. Die 40 größten Gasanstalten Deutschlands — ohne Groß-Berlin — hatten im Vorjahre 230 000 Tonnen Bestand, gegen jetzt 50 000 Tonnen. Und im Herbst kommt die Zeit des Wagenmangels und der Streckensperren! Ebenso steht es bei den Elektrizitätswerken, aus denen die Industrie den Arbeitsstrom erhält.

In der Hausbrandversorgung, einschließlich Landwirtschaft und Kleingewerbe, liegen die Dinge noch günstiger. Es sind schon jetzt solche Ausfälle vorhanden, daß es unmöglich ist, sie nur einigermaßen mit den zur Verfügung stehenden Kohlenmengen auszugleichen. Auf eine Bevorratung kann nicht mehr gehofft werden. Der große Streik an der Ruhr von Ende März bis Anfang Mai hat gerade die Hausbrandversorgung auf das Empfindlichste getroffen. Auch die Befriedigung des ländlichen Bedarfs, die hauptsächlich zwischen Auslast und Ernte erfolgen muß, ist nicht gelungen. Infolgedessen haben viele Molkereien im Osten ihren Betrieb einstellen müssen; große Mengen Getreide sind noch unausgedroschen.

In der Industrie können nur die allerlebenswichtigsten Betriebe einigermaßen ihre Mengen bekommen. Für die Herstellung von Ziegeln und Baustoffen ist genügende Kohle nicht zu beschaffen. Undispositionen infolge der immer neu aufflackernden Streiks zur Behebung der dringendsten Notstände gehen auf Kosten der Industrieversorgung.

Bei all dem ist die Wirkung des Friedensvertrages auf unsere Kohlenversorgung nicht berücksichtigt. Von einer Gesamtförderung von 100 Millionen Tonnen sollen wir rund 40 Millionen Tonnen dem Ausland liefern.

Diese traurige Lage wird durch jeden Streik weiter verschlechtert. Die Streiks richten sich nicht mehr gegen die Unternehmer, sondern gegen die Bevölkerung insgesamt. Sie gefährden die Versorgung der Gaswerke und die Versorgung mit Hausbrand. Frauen, Kinder und Kranke werden im Winter hart zu leiden haben. Die Versorgung der Industrie mit elektrischer Kraft wird nicht aufrecht erhalten werden können. Der Arbeiterschaft großer Industriezweige droht dadurch Verdienstlosigkeit. Durch die schlechte Versorgung der Eisenbahnen werden neue Einschränkungen des Verkehrs notwendig, worunter die rechtzeitige und gleichmäßige Verteilung von Lebensmitteln und Rohstoffen zu leiden hat. Einschneidende Arbeitslosigkeit und Verringerung der Produktion auf Kosten der Arbeiterschaft der gesamten Bevölkerung ist die unausbleibliche Folge, rafft sich die vernünftige Arbeiterschaft nicht endlich auf. Wer wird also bestreikt? Frauen und Kinder, letzten Endes die Arbeiter selbst, die sich durch die Streiks schlechter arbeits- und brotlos machen. Wie lange aber kann die Arbeitslosenunterstützung finanziell noch durchgehalten werden?

Gibt die Betrachtung nicht allen Arbeitern ohne Rücksicht auf ihre Parteicouleur Veranlassung, die Streiktage auch einmal mit etwas anderen Augen zu betrachten? Wir dürfen den Streik als Waffe niemals aus den Händen geben. Liegt aber zeitweilig Selbstmordgefahr vor, dann vergeben wir uns gar nichts, die Waffe einstweilen selbst unter Verschluß zu bringen.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Rohauski, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

# Die Geschichte zweier Städte.

(97) Roman von Charles Dickens.

„Das ist gut. Ich habe erlebt, daß Energie, wie die Ihrige, große Dinge ausgerichtet hat — obgleich", setzte er zugleich mit einem Lächeln und einem Seufzer hinzu, „noch nie so große Dinge. Aber machen Sie den Versuch! So wenig wert das ist, wenn wir es schlecht anwenden, so ist es doch diese Bemühung wert. Wenn das nicht der Fall wäre, kostete es kein Opfer, es hinzugeben."

„Ich gehe auf der Stelle zu dem Ankläger und dem Vorsitzenden," sagte Dr. Manette, „und noch zu anderen, die ich lieber nicht nennen will. Ich will auch schreiben und — aber heil! Es ist eine öffentliche Festlichkeit und niemand wird vor Dunkelwerden zu Hause zu finden sein."

„Das ist wahr. Nun, es ist im besten Falle eine verzweifelte Hoffnung und nicht viel verzweifelter, wenn sie bis Dunkelwerden aufgeschoben wird. Ich möchte gern wissen, was Sie ausrichten: obgleich ich sagen muß, ich hoffe nichts. Wann denken Sie diese Leute gesehen zu haben, Dr. Manette?"

„Unmittelbar nach Dunkelwerden, hoffe ich. In den nächsten ein oder zwei Stunden."

„Es wird bald nach vier finster. Nehmen wir die längste Frist an. Wenn ich um neun Uhr zu Mr. Lorry komme, werde ich dann von unserm Freunde oder von Ihnen selbst hören können, was Sie ausgerichtet haben?"

„Ja."

„Ich wünsche Ihnen viel Glück!"

Mr. Lorry folgte Sydney nach der Tür, legte die Hand auf seine Schulter, als er gehen wollte, und veranlaßte ihn dadurch, sich umzudrehen.

„Ich habe keine Hoffnung," sagte Mr. Lorry mit gedämpfter und bekümmerter Stimme.

„Ich auch nicht."

„Wenn einer von diesen Männern oder alle geneigt wären, ihm das Leben zu lassen — was eine starke Voraussetzung ist, denn was ist ihnen sein oder jedes anderen Menschen Leben! — so bezweifle ich, daß sie es, nach der Demonstration im Gerichtssaale wagen dürften."

„Das tue ich auch. In diesem Geheul hörte ich den Fall des Beiles."

Mr. Lorry lehnte sich mit dem Arm gegen den Türrahmen und legte sein Gesicht darauf.

„Lassen Sie den Mut nicht sinken," sagte Carton sehr sanft, „weinen Sie nicht. Ich bestärkte Dr. Manette in diesem Vorsatz, weil ich fühlte, daß der Gedanke daran ihr eines Tages tröstlich sein würde. Sonst könnte sie denken: „Sein Leben wurde leichtsinnig hingegeben", und das könnte ihr Kummer machen."

„Ja, ja, ja," entgegnete Mr. Lorry und trocknete sich die Augen, „Sie haben recht. Aber er wird sterben; es ist keine Hoffnung mehr."

„Ja. Er wird sterben; es ist keine Hoffnung mehr," gab Carton zurück und ging mit festem Schritt die Treppe hinab.

### 39. Kapitel.

### Nacht.

Sydney Carton stand auf der Straße, ohne recht zu wissen, wohin er gehen sollte. „In Tellions Kontor um neun Uhr," sagte er nachdrücklich. „Ist es gut, wenn ich mich unterdessen zeige? Ich glaube. Es ist das beste, daß diese Leute wissen, es ist ein Mann, wie ich bin, hier. Es ist eine gute Vorsichtsmaßregel und kann eine notwendige Vorbereitung sein. Aber ruhig, ruhig! Ich muß es erst ausdenken."

Er hemmte seine Schritte, die sich bereits seinem Ziel zugewendet hatten, ging noch einige Male in der bereits dunkel werdenden Straße auf und ab und verfolgte den Gedanken bis in seine Konsequenzen. Sein erster Eindruck war nur bestätigt. „Es ist das Beste," sagte er zuletzt, „wenn diese Leute wissen, daß ein Mann, wie ich bin, hier ist." Und er wendete seine Schritte St. Antoine zu.

Defarge hatte sich bei Gelegenheit der Gerichtsverhandlung „Inhaber eines Weinschanks in der Vorstadt St. Antoine" genannt. Für einen, der die Stadt kannte, war es nicht schwer, sein Haus zu finden, ohne weiter zu fragen. Nachdem sich Carton seiner Lage vergewissert, verließ er wieder diese engeren Straßen, speiste in einem Restaurant und sank nach dem Essen in einen gesunden Schlaf. Zum ersten Male seit vielen Jahren hatte er kein starkes Getränk genossen. Seit gestern nacht hatte er nichts getrunken, als ein paar Glas leichten, dünnen Weines, und vorige Nacht hatte er am Branntwein langsam auf Mr. Lorrys Herd ausgegossen, wie jemand, der damit nichts mehr zu tun hat.

Es war sieben Uhr, als er erfrischt aufwachte und die Straße hinauskam. Auf dem Wege von St. Antoine blieb er vor einem Lebensmittelladen stehen, wo sich ein Spiegel befand, und band sein loses Halstuch etwas anders, zog sich den Rockkragen zurecht und ordnete sein Haar. Als er damit fertig war, suchte er Defarges Weinschank auf und trat ein.

Es war zufällig kein Gast im Laden, als Jacques drei mit den ruhelosen Fingern und der krächzenden Stimme. Dieser Mann, den er unter den Geschworenen gesehen hatte, stand vor dem kleinen Ladentische in Gespräch mit den beiden Defarges. Der Rachegengel nahm an der Unterhaltung teil, wie ein ordentliches Mitglied der Wirtschaft.

Als Carton eintrat, Platz nahm und (in ziemlich schlechtem Französisch) ein Glas Wein verlangte, warf Madame Defarge erst einen achtlosen Blick auf ihn, dann einen aufmerksameren, und dann einen noch aufmerksameren, und trat dann selbst an seinen Tisch und fragte ihn, was er bestellt habe.

Er wiederholte, was er schon gesagt hatte.

„Engländer?" fragte Madame Defarge, indem sie fragend ihre dunklen Augenbrauen in die Höhe zog.

Nachdem er sie angesehen, als ob er selbst ein einzelnes französisches Wort nur langsam verstände, gab er mit seinem frühreifen, stark ausgeprägten, fremden Akzent zur Antwort: „Ja, Madame, ja. Ich bin Engländer." (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190805-14/fragment/page=0003

# Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

### Brotgetreide, Gerste und Hafer.

Nach § 4 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 535) dürfen vor Trennung der Früchte vom Boden Kaufverträge über Brotgetreide und Gerste oder andere auf Veräußerung oder Erwerb von Brotgetreide und Gerste gerichtete Verträge nicht abgeschlossen werden, wenn nicht der Kommunalverband schriftlich seine Zustimmung erklärt hat. Verträge, die vor Inkrafttreten der Reichsgetreideordnung abgeschlossen worden sind, sind nichtig.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des § 4 Abs. 1 der Reichsgetreideordnung werden gemäß § 80 Abs. 1, Ziffer 2, daselbst mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft, sofern nicht die Voraussetzungen für eine schärfere Bestrafung nach § 81 a. a. O. vorliegen.

Ferner wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß Verträge über Lieferung von Hafer aus der Ernte 1919 vor dem 16. August 1919 nach § 13b der neuen Reichsgetreideordnung nicht abgeschlossen werden dürfen und Zuwiderhandlungen nach §§ 80, Ziffer 2, 81 bestraft werden sowie daß solche Verträge, die vor dem 21. Juni 1919 abgeschlossen worden sind, nichtig sind.

Halle, den 31. Juli 1919. **Der Magistrat.**

### Sammlung von Futterabfällen.

Nach der Polizeiverordnung vom 9. März 1915 sind Küchenabfälle, die nicht mehr zur menschlichen Nahrung Verwendung finden, in allen Haushaltungen und Geschäftsstellen aufzubewahren und in einem von dem Grundstückseigentümer aufzustellenden Behälter zu sammeln. Die Behälter werden in bestimmten Zwischenräumen durch Fuhrunternehmer, welche vom Magistrat bestellt worden sind, abgeholt und die Abfälle zur Viehfütterung verwendet.

Ausnahmen von dieser Vorschrift sind nur in solchen Fällen zugelassen, in denen die Abfälle nachweislich unmittelbar zur Viehfütterung abgegeben werden. In Häusern, in denen sämtliche Haushaltungen in dieser Weise für die Verfütterung der Abfälle Sorge tragen, erübrigt sich daher die Aufstellung von besonderen Behältern.

Da in den nächsten Tagen eine polizeiliche Kontrolle stattfindet, empfiehlt sich eine genaue Beachtung der vorstehenden Vorschriften um Bestrafungen zu vermeiden.

Halle, den 1. August 1919. **Die Polizeiverwaltung.**

### Bekanntmachung.

Durch ministerielle Anordnung vom 4 d. Mts. ist bestimmt, daß für die zum Regierungsbezirk Posen gehörigen, aber außerhalb des von den Polen besetzten Teiles wohnenden Lehrpersonen i. R. und Hinterbliebenen von Lehrern die Zahlbarmachung der ihnen zustehenden Bezüge (Ruhegehalt, Witwen- und Waisengeld, laufende Unterstützungen, laufende Kriegsbeihilfen und Ostmarkenpensionszulage) erfolgen soll

a) soweit die Bezugsberechtigten in den von den Polen nicht besetzten Teile des Regierungsbezirks Posen sich aufhalten, durch die Regierung in Bromberg,

b) soweit sie außerhalb des Regierungsbezirks Posen wohnen, durch die Regierung ihres Aufenthaltsortes, in Berlin durch das Provinzialkollegium.

c) für alle außerhalb Preußens wohnenden Empfänger durch die Regierung in Merseburg.

Die Bezugsberechtigten haben also ihre Anträge mit allen vorhandenen Belegen und Unterlagen bei den vorbezeichneten Amtsstellen einzureichen.

Halle, den 30. Juli 1919. **Der Magistrat.**

# Lebensmittel-Kalender.

**Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstkonserven** (Roß) in der Talamtschule am Mittwoch, den 6. August 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 27 001 bis 34 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 34 501 bis 42 000 nachmittags von 2—6 Uhr. An Haushalte mit einer Person kann eine Einpfunddose zum Preise von 5 M, an Haushalte mit 2—4 Personen kann eine Einkilodose zum Preise von 11 M nud an weitere vier Personen eines Haushaltes kann noch eine Einkilodose zum Preise von 11 M. abgegeben werden. — Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. — Die Roßfleisch- und Roßwurstkonserven sind auf dem städtischen Schlachthofe und unter städtischer Aufsicht hergestellt worden. — Bis zum Sonnabend der laufenden Woche werden alle Inhaber von Lebensmittelscheinen zu dieser Verteilung aufgerufen. Eine Nachlieferung findet nicht statt.

**Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule, am Mittwoch,** den 6. August 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 69 001 bis 71 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 71 001 bis 74 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 55 Gramm zum Preise von 20 Pf. abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

**Kunsthonig und Speisesirup.** Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25 Sept. und 4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Kunsthonig und Speisesirup wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Mittwoch, den 6 August 1919. Für jede Person eines Haushaltes können 150 Gramm feinster Speisesirup und ½ Pfund Kunsthonig abgegeben werden Der Verkaufspreis beträgt für Speisesirup 64 Pf. für das Pfund und für Kunsthonig in gepackter Form 80 Pf., für lose Ware 78 Pf. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Ware einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Die Abgabe des Kunsthonigs erfolgt unter Abtrennung der Marke 373 und des Sirups unter Abtrennung der Marke 375 des Warenbezugsscheines 24. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt. Marktplatz 22, I. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe des Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25 Sept. und 4. Nov 1915.

**Verkauf von Erbsen und Ackerbohnen.** Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, am Mittwoch, den 6. und am Donnerstag, den 7. August 1919, die in dieser Woche zum Verkauf gelangenden Erbsen und Ackerbohnen abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

**Die Inhaber von Gastwirtschaften werden aufgefordert, die** auf ihren Betrieb entfallenden Zuckermarken und Bezugsscheine für Sacharin und zwar die Geschäftsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A—G am Mittwoch den 6., diejenigen mit den Anfangsbuchstaben H—N, am Donnerstag, den 7., diejenigen mit den Anfangsbuchstaben O—S am Freitag, den 8. und diejenigen mit den Anfangsbuchstaben T—Z am Sonnabend, den 9. August 1919, vormittags von 8—12½ Uhr im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, II. Obergeschoß, Zimmer 9, abzuholen. Ein Ausweis ist mitzubringen.

**Betrifft Kartoffelverkauf!**

Der Verkauf der für diese Woche festgesetzten Kartoffelmenge hat bis einschließlich Donnerstag, den 7. August, zu erfolgen. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Freitag abzuliefern. Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Freitag und Sonnabend findet nicht statt.

Halle, den 4. August 1919. **Der Magistrat**

# Amtliche Bekanntmachungen für Weißenfels.

### Speisefettverkauf.

Vom Mittwoch ab findet in nachstehend aufgeführten Geschäften gegen Abgabe der 2. Buttermarke Verkauf von Speisefett statt.

Auf jede Marke werden 150 Gramm zum Preise von 1,60 Mk. abgegeben bei den Fleischermeistern Seidel, Saalstraße, Nr. 1—880, Wagner, Bergstraße, Nr. 881—1760, C. Werner, Merseburger Str., Nr. 1761—2640, Nachhardt, Naumburger Str., Nr. 2641—3520. P. Würfel, Tagewerbener Str., Nr. 3521—4400, O. Bach, Nikolaistr., Nr. 4401 bis 5280, Pennert, Kubastr., Nr. 5281—6160, Enke, Markt, Nr. 6161—7040, Schmidt, Kathrinenstr., Nr. 7041—7920, Schmidt, Langendorfer Str., Nr. 7921—8800, Jacobi, Nikolaistraße, Nr. 8801—9680, Röhrich, Klosterstr., Nr. 9681—10 560, Hartmann, Beuditzstr., Nr. 10 561—11 440, Conrad, Friedrichsplatz, Nr. 11 441—12 320, Heyssel, Nikolaistr., Nr. 12 321 bis 13 200, Kurze, Langendorfer Str., Nr. 13 201—14 080, Schader, Kalandstraße, Nr. 14 081—14 960, Kathe, Leipziger Straße, Nr. 14 961—15 840, Würfel, Zimmerstr., Nr. 15 841 bis 16 720, Schirmer, Beuditzstr., Nr. 16 721—17 600, Zweig Gr. Burgstr., Nr. 17 601—18 480, C. Werner, Schloßgasse, Nr. 18 481—19 360, Huth, Beuditzstr., Nr. 19 361—20 240, Bergmann, Nikolaistr., Nr. 20 241—21 120, Dose Naumburger Straße, Nr 21 121—22 000, Petri, Friedrichsplatz, Nr. 22 001 bis 22 880, Irmisch, Leipziger Straße, Nr. 22 881—23 760, Hecht, Tagewerbener Str., Nr. 23 761—24 640, Seidel, Jüdenstraße, Nr. 24 641—25 520, P. Helm, Naumburger Straße, Nr. 25 521—26 400. Trommer, Beuditzstr., Nr. 26 401 bis 27 280, C. Bach, Nikolaistr., Nr. 27 281—28 160, Seidel, Burgstraße, Nr. 28 161—29 040, Schrecker, Merseburger Str., Nr. 29 041—29 920, Helm, Jüdenstraße, Nr. 29 921—30 800, Thal, Zeitzer Str., Nr. 30 801—31 680, Keck, Merseburger Straße, Nr. 31 681—32 560, Vogler, Merseburger Straße, Nr. 32 561—33 440, Schieck, Jüdenstr., Nr. 33 441 bis Schluß.

Die Abholung hat bis zum 10. d. Mts. zu erfolgen

Weißenfels, den 4. Aug. 1919. **Der Magistrat.**


**Walhalla-**
Operettentheater
Anfang ½8 Uhr.
Operetten-Gastspiel.
Dir.: Felix Meinhardt.
Größter Lacherfolg!
**„Die oder Keine".**
Musik
von Walter W. Goetze.
Kasse v. 10-1½, u. 4-6.

**Stadt-Theater**
Mittwoch, d. 6. August,
Anfang 6, Ende 11 Uhr:
**Götterdämmerung**
von Richard Wagner.
Donnerstag:
**Hannerl.**

**Zeichnungen** auf
**50 000 000.— 4% Mitteldeutsche Kommunalanleihe,**
garantiert von 115 Städten und Gemeinden, 23 Landkreisen und 20 selbständigen Sparkassen,
**Abschnitte:** 20000.—, 10000.—, 2000.—, 1000.—, 500.—, 200.— Mark
nehmen zu
**94.50 spesenfrei**
entgegen
Bankhaus **Paul Schauseil & Co.**

Wer
**Scheffel-brot**
erprobt
es **lobt!**

**Bad Wittekind.**
Mittwoch, den 6. Aug. 19, abends 8 Uhr:
**Extra-Konzert**
ausgeführt vom
**Seifert-Orchester.**
Leitung:
Musikdir. **Rich. Seifert.**
(Bayr. Militärmusikmeister a. D.).
Eintrittspreise:
für Erwachsene 75 Pfg.
„ Kinder 40 „
Nachzahl. f. Abonnenten:
Erwachsene 50 Pfg.
Kinder 25 „

**Apollo-Theater**
Täglich abends 8 Uhr:
**Liebe im Schnee.**
Opertt. v. R. Bernatzky.
Gertrud . . .
. . . **Emmy Sturm** a. G.
Vorverk. 9—1 u. 5—½7.

**Reparaturen**
an 5047
**Uhren**
übernimmt bei solider Ausführung zu normalen Preisen
**Kurt Unger,** Uhrmacher,
**Gr. Steinstr. 85**
gegenüber Barfüßerstr.).

**Einkochgläser**
m. guten Gummiringen
sehr billig.
**C. F. Ritter,**
Leipziger Strasse 90

**Fruchtsaftpressen**
für den Handbetrieb
sehr billig.
**C. F. Ritter,**
Leipzigerstrasse 90

**Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr.**

**Hippodrom**
**Wintergarten**

Direktion:
**Georg Arndt.**
Magdeburgerstrasse 66. — Fernspr. 2185.
Täglich bis 15 August
**Gastspiel**
**der berühmten Reitkünstlerin**
**Anita Ditio**
und das übrige erstklassige
**Varieté-Programm!**
Täglich ab 4 Uhr im Garten, bei schlechtem Wetter im Saale des „Wintergartens"
**Grosses Reit- und Sportfest.**
**Kassenöffnung 7 Uhr abends.**
Vorverkauf an der Kasse des Hippodroms von 11—1½ Uhr mittags. 5542

**Buchhandlung der Volksstimme**
Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27
**Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:**
**Die Gleichheit** Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer . . . . . . . . . . . . . **15 Pf.**
**In freien Stunden** Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . . . . . . . . . . **20 Pf.**
**Der Wahre Jacob** Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer . . . . . . . . . . . . **20 Pf.**
**Berliner Illustrierte Zeitung**
Einzelnummer . . . . . . . . . . . . **20 Pf.**
**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**
herausgegeben unter Leitung von Dr. med. **Zadek**. Ca 50 verschiedene Bändchen . . . . . . . . . . . . à **20 Pf.**
**Für die Schneiderei:**
**Modenzeitung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode**
**Hausschneiderei / Sonntagszeitung / Deutsche Modenzeitung**
— Bestellungen nehmen unsere Austräger entgegen. —

**Thalia-Theater**
Geiststraße.
Täglich abends 7½ Uhr
**Das von der Presse glänzend kritisierte Schauspiel:**
**„Verlorene Töchter"**
**Kein Kino!** **Kein Kino!**
(Ueber 100 aufeinanderfolgende Vorstellungen am „Battenberg-Theater", Leipzig.)
**Zur Aufklärung, Belehrung und Warnung für alle deutschen Frauen und Mädchen.**
**Jugendliche unter 16 Jahren kein Zutritt.**
Vorverkauf: In den Zigarren-Geschäften **Nowack & Schmidt,** Geiststraße 22 und **C. Fehling,** Große Ulrichstr., Ecke Alte Promenade.

**Erfahrene**
**Hochdruckleitungsmonteure**
**(gelernte Kupferschmiede)**
**nur selbständige ältere Leute,**
welchen es an dauernde Stellung gelegen ist, für Montagen hier und in Thüringen werden sofort eingestellt. 5554
Sofortige schriftliche Meldungen mit Datum des Eintrittes.
Baubüro **Seiffert & Co., Leuna-Werke b. Merseburg.**

**Soeben erschienen!**
**Neue W. T. B.-Karte**
**Deutschland und Deutsch-Oesterreich**
**:: :: nach dem Friedensschluß :: ::**
auf Grund amtlicher Quellen bearbeitet.
**Die Karte enthält:**
**Das deutsche Sprachgebiet sowie die genauen Angaben der ursprünglichen Forderungen der Entente u. der tatsächlichen Zugeständnisse.**
**= Zum Preise von 1,00 Mark =**
durch unsere Expedition zu beziehen.

**Tabak-**
ähnliche Mischung „Michel", das Beste für die Pfeife, **ohne** Buchenlaub, dunkle Ware, nach besonderem, seit Jahren erprobten Verfahren von alter Tabakfabrik hergestellt. Vollkommen mild und angenehm. Preis pro 100 Pack à 100 gr. Mk. 65, per Ztr. 500 Pack Mk. 325, lose in Säcken Mk. 10 billiger. Bei Abnahme von 5 Ztr. 3%, 20 Ztr. 5%, 50 Ztr. 10% Rabatt. Probepostkolli 45 Päckchen od. lose Ware in Säcken à 40 Pfd. unter Nachnahme.
**G. Lietzmann,**
**Tabak- u. Zigarrenfabrik**, Oschersleben (Bode).

**Kakao, garant. rein,**
**Qualität erstklassig.**
½ Pfd. M 16.—, ½ Pfd. M 8.—, ¼ Pfd. M 4.—.
Bei 5 Pfd. Abn. M 15.— pr. Pfd.
**Zu den drei Glocken Paul Horlitz**
**Steinweg 19a. Gr. Ulrichstr. 11.**
**Gr. Steinstr. 44. Ludw.-Wuchererstr. 44.**



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190805-14/fragment/page=0004

# Außerordentliche Bezirkskonferenz der S. P. D. am 3. August 1919.

Am Sonntag wurde der Parteibewegung unseres Bezirkes eine neue Form gegeben. Aus allen Gegenden waren die Genossen erschienen, um in gemeinsamer Arbeit ein neues Bezirkskatut zu schaffen und der Partei eine Verfassung zu geben.

Im Namen des Bezirksvorstandes eröffnete Gen. Voß die Konferenz und würdigte ihre Bedeutung für den weiteren Aufbau unserer Parteibewegung. Er hieß alle Delegierten willkommen und erteilte dann Gen. Drescher das Wort zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Unsere Tätigkeit und Aufgaben im Bezirk". Gen. Drescher gab in kurzen Zügen einen Rückblick aus der Zeit unseres tiefsten Niederganges. Während in den anderen Bezirken Deutschlands die Parteispaltungsbewegung nur eine mäßige Höhe erreichte, nahm sie hier mit Hilfe des extrem radikal schreibenden Volksblattes den gesamten Verwaltungsapparat in Besitz und führte die großen Scharen unserer Mitglieder in das unabhängige Lager über. Die ehemals so stolze Heerschau von 27 000 Mitgliedern schrumpfte zusammen auf 500 in nicht ganz 20 Wahlvereinen. Dieser Tiefstand dauerte bis zum Tage der Revolution und noch darüber hinaus. Die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien brach mit dem Tage des Austritts der unabhängigen Volksbeauftragten aus der Regierung zusammen. Dann kam die Zeit der Wahlen. Durch die damals ziemlich bewegte politische Stimmung des ganzen Volkes bot sich uns der erste feste Anhaltepunkt, um wieder mit aller Kraft Boden zu gewinnen. Den Wert der Vielenarbeit, die von den uns noch treuen Genossen während der Wahlbewegung geleistet wurde, kann man ermessen, wenn man die Stimmenzahlen der beiden sozialistischen Parteien vergleicht. Wir erhielten bei der Nationalwahl 109 000 Stimmen. Das ist der dritte Teil der Stimmen, die die Unabhängigen mit ihrem gewaltigen Organisationsapparate und dem rücksichtslosesten Terror, der jemals bei Wahlbewegungen angewandt wurde, erreicht haben. Während dieser Zeit hat uns der Parteivorstand von Berlin, trotz der großen Beträge, die wir durch Sammelbüchsen, Beiträge usw. unserer Parteikasse aufführen konnten, mit 30 000 Mark unterstützen müssen. Wir haben uns jedoch dabei gleichzeitig wieder eine auf sester Grundlage stehende Parteiorganisation geschaffen. Wir zählen bereits wieder in über 110 Ortsvereinen 6000 Mitglieder. Nur wenn wir so weiter arbeiten, kann es zu einer Wiedervereinigung des Proletariats kommen. Denn erst wenn wir eine zu fürchtende Macht sind, kann mit einer Verständigung mit den U.S.P.-Leuten gerechnet werden. Nachdem der Kampf zwischen den Kommunisten und den Unabhängigen auf der ganzen Linie entbrannt ist, ist für uns der rechte Moment gekommen, einen Sturmbock zu bilden, der unüberwindlich sein wird. — Die allgemeine Mißstimmung im Lande ist von den Radikalen auf jede Art und Weise geschürt worden. Unsere Genossen sollen überall immer wieder an die gewaltigen politischen Fortschritte unseres Volkes erinnern. Selbst das Volksblatt gibt zu, daß, wenn nur praktische Arbeit geleistet wird, z. B. bei den Stadtverordnetenwahlen, sehr viel zum Wohle der breiten Volksschichten getan werden kann. Wir können uns immer darauf berufen, daß alle die jetzt in der Verfassung festgelegten einschneidenden Volksrechte von unserer Partei geschaffen worden sind, da sich die unabhängige Sozialdemokratie vollständig negativ verhielt. Weiter haben wir einen großen Teil mit beigetragen, das von der alten Gesellschaft dem Volke überlassene wirtschaftliche und politische Chaos zu lösen. Die Demobilmachung wurde durchgeführt. Das bedeutet, daß 8 Millionen Menschen urplötzlich, nur mit Hilfe eines auseinanderfallenden Staatsorganismus, dem Wirtschaftsleben eingereiht werden mußten. Weiter ist jetzt die Verfassung fertiggestellt worden usw. Die kommende Geschichte wird über unsere Taten gerechter urteilen, wie das heutige, von vielen Leidenschaften erblindete Geschlecht. — Wir müssen die Arbeiterschaft freimachen von den falschen Propheten und wieder heranholen zu praktischer Gegenwartsarbeit. Unsere nächste Aufgabe ist die systematische Durchführung agitatorischer Kleinarbeit. So wollen wir nicht mehr rückwärts schauen, sondern vorwärts und aufwärts.

Vetter-Halle freut sich über die klare Stellungnahme der Partei anläßlich des Streikes am 21. Juli. Jedoch habe der Bezirksvorstand oft die nötige Aktivität vermissen lassen.

Krüger-Merseburg erinnert daran, daß wir in unserem Bezirk fast ausnahmslos den Kampf gegen rechts allein führen mußten. Viele unserer Genossen haben ihrer Ueberzeugung Lohn und Brot geopfert. Quantitäts stehen wir noch unter der U. S. P., aber qualitäts hoch über ihnen.

Wehner-Elsterwerda meint, wenn die Genossen draußen ihre Pflicht eben so tun wie die Führer, so ist unsere Bewegung unwiderstehlich.

Pitard-Halle zerlegt einige Agitationsphrasen der Unabhängigen, von denen nichts übrig bleibt wie Schall und Rauch.

Garbe-Halle erinnert die Genossen an die Jugendbewegung, die den Humusboden für unsere Parteibewegung geben muß. Deshalb muß sich die wieder erstarkte Partei mit allen Kräften dem Wiederaufbau einer eigenen Jugendbewegung widmen. Ueberall im Bezirk müssen Jugendvereine gegründet werden, denn der Boden ist günstig vorbereitet. Wer die Jugend hat, soll auch die Zukunft in seinen Armen.

Witters-Roßbach klagt über Mißstände in der dortigen Gemeinde betreffs Bezahlung der Ortswache gegen Felddiebstähle. Weiter verlangt er, daß mehr Redner auf das Land gehen, da der Boden günstig ist und die U. S. P. sich in einer Krise befindet.

Thiele-Halle erläutert die Taktik der Unabhängigen und ihre Stellung zum Rätesystem. Er geißelte vor allem das negative Verhalten derselben in der Nationalversammlung.

Lenkefeld-Athleben stellt einige kommunalpolitische Anfragen.

Voß-Halle schildert die schwierige Lage des alten Bezirksvorstandes und dessen bis an den Rand des Möglichen für die Sache eingesetzte Arbeitskraft. Auch der Vorstand hat sein Teil mit dazu beigetragen, daß unsere Partei die Krise überwinden hat.

Behold-Bockwitz will, das kein Unterschied gemacht werden soll zwischen den alten Genossen und den eben erst zu uns gekommenen. Ebenso müssen die Einigungsbestrebungen der Arbeiterschaft gefördert werden.

Frau Röpert-Halle bedauert, daß die Frauen bis jetzt der Parteibewegung so lax gegenüber gestanden haben. Wir müssen unser ganzes Augenwerk darauf richten, die Frauen für uns zu gewinnen, denn dieselben stellen einen nicht zu unterschätzenden politischen Machtfaktor durch ihre große Stimmenzahl dar.

Schmidt-Schlettau zeigt die unabhängigen Drahtzieher Peters und Bowitzki in einem nicht gerade glänzenden Lichte.

Darauf wurde Schluß der Debatte beantragt und von Dietrich-Falkenberg begründet.

Töpfer-Hohenleipisch wendet sich gegen den Schluß, der jedoch durch die folgende Abstimmung beschlossen wird.

Kleeis-Halle beantwortet noch kurz die von Lenkefeld-Athleben gestellten Anfragen, worauf Gen. Drescher das Schlußwort zu Punkt 1 ergreift. Er spricht über praktische Organisationsmethoden und gibt einige Fingerzeige über das Arbeiten im Bezirk. — Zu Punkt 2 erläutert Gen. Drescher das neue Bezirkstatut. Die eigentliche Statutenberatung hat schon zwischen den Kreisleitungen und der Bezirksleitung am Sonnabend abend stattgefunden. Er ersucht die Konferenz, das Statut anzunehmen.

Garbe-Halle stellt den Antrag, das vorgeschlagene Statut en bloc anzunehmen, jedoch mit der Motivierung, daß dies alles noch ein Provisorium sei und bei unserem nächsten Bezirkstag die noch bis dahin entdeckten Mängel abzuschleifen sind. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Punkt 3, Wahl des Bezirksvorstandes: Nach kurzer Debatte werden die Gen. Voß, Garbe, Vetter, Kunzemann, Frau Röpert, Drescher, Dölz, Kochanski und Sendewitz gewählt, so daß der Vorstand aus neun Personen besteht.

Zu diesem Punkt werden folgende Anträge angenommen:

1. Der Bezirksvorstand ist ermächtigt, einen Vertreter der Bezirksjugendorganisation in seinen Kreis einzuladen, der auch zum Bezirksparteitag und Bezirksausschuß hinzuzuziehen ist.

2. Die Vertreter der Partei in den Gemeinden und den Kreistagen sind berechtigt, an den Konferenzen teilzunehmen.

In Punkt 4, Bericht über die Presse, macht Gen. Kochanski-Halle als Geschäftsführer der Volksstimme geschäftliche Mitteilung. Wir haben vor allem noch unter dem leidigen Papiermangel zu leiden. Auch die Verteilung durch die Post klappt nicht so wie es sein sollte. Unser Blatt ist jetzt so fundiert, daß wir auf eigenen Füßen stehen und schon längst keinen Zuschuß mehr vom Parteivorstand brauchen. Jedoch muß noch mehr wie bisher in allen Kreisen für die Volksstimme agitiert werden.

Kämpf-Merseburg führt an, daß die Volksstimme redaktionell, besonders in letzter Zeit, auf einer gewissen Höhe stehe und daß man mit der Haltung und der zielsicheren Richtung derselben vollständig einverstanden sein kann. Jedoch klappt die Zustellung öfters nicht und hier muß Abhilfe geschaffen werden.

Agotz-Stollberg will mehr Berichte in der Zeitung haben. Die Redaktion muß aus allen Orten von Berichterstattern unterstützt werden.

Seydewitz-Halle weist auf die von der Redaktion herausgegebenen Richtlinien für Berichterstatter hin und ersucht alle Ortsvereine, bestimmte Genossen als Berichterstatter zu wählen. Nur auf diese Weise kann der Provinzteil interessanter gestaltet werden.

Die Gen. André-Bitterfeld, Weber-Barnstedt und Rynecker-Merseburg sprechen sich ebenfalls in diesem Sinne aus.

Gen. Voß stellt als Vorsitzender fest, daß die Haltung der Volksstimme anerkannt und von allen Konferenzteilnehmern gutgeheißen wird. Er fordert die Genossen auf, für die Parteipresse noch kräftiger wie zuvor zu werben und immer neue Abonnenten herbeizuführen.

Es folgte Punkt „Verschiedenes".

Krüger-Merseburg ersucht die Genossen, sich auf die kommenden Wahlen in Gemeinde-, Kreis- und Provinzialangelegenheiten vorzubereiten. Wir müssen bald an die Arbeit gehen, um das alte Verwaltungssystem von unten auf umzuändern.

Bauer-Merseburg weist auf die verdächtige Propaganda der Unabhängigen unter der Landarbeiterschaft hin.

Es entsteht eine längere Debatte wegen Meinungsverschiedenheiten betreffs des Kontrollrechts des Arbeiterrats, wenn irgendwo schon sozialistische Mehrheiten in den kommunalen Verwaltungen vorhanden sind. Nachdem auch in dieser Frage die nötige Klärung geschaffen war, hatte die für unsere Bewegung so überaus wichtige Konferenz ihr Ende erreicht.

Gen. Voß erinnert zum Schluß daran, daß uns diese Konferenz eine Richtschnur für unsere nächste praktische Arbeit gegeben hat. Wenn wir draußen im Bezirk die Fülle der hier geäußerten Wünsche und Anregungen verwirklichen, so muß unsere Parteibewegung vorwärts schreiten. Wir müssen unser Haus noch viel stärker ausbauen, denn wenn wir ein festes Bollwerk haben und eine viel stärkere Macht sind wie jetzt, können wir zum Wohle der gesamten sozialistischen Entwicklung, auch die jetzt noch zerrissenen Arbeitermassen wieder zusammen führen. Die wahre Befriedigung müssen wir erst dann finden, wenn wir unsere ganze Kraft dem Sozialismus weihen können.

# Halle und Saalkreis.

Halle, 5. August 1919.

## Kehraus im Stadtparlament.

Die gestrige Sitzung hatte alle Reste und sonstigen Ueberbleibsel der zu erledigenden Arbeiten zusammengehäuft. Die vielen Tagesordnungspunkte wurden daher im Eiltempo erledigt. Nur bei der Bewilligung des Gesamtetats ergriff der Redner der Unabhängigen, Herr Koenen, das Wort, um die Ablehnung desselben durch die unabhängige Fraktion zu begründen. Diese Ablehnung war natürlich nur ein Theater, da sie nicht den mindesten praktischen Wert haben konnte. Gen. Kleeis zeigte den Unabhängigen den Weg, um eine Ablehnung auch praktisch durchzuführen, nämlich Umänderung des Ortsstatutes. Herr Koenen versprach, diesen Weg nächstens zu beschreiten. Doch die Ablehnung bei der Abstimmung war nicht ganz so einfach, wie vielleicht der Laie denkt. Herr Osterburg mußte die ganze Sache, wenn sie Wirkung nach außen haben sollte, geschickt in die Wege leiten. Er kann jedoch befriedigt sein, denn die Regie hat geklappt. Wollten die sieben „Genossen" auf den hintersten Bänken ihren Unwillen über die Ablehnung zum Ausdruck bringen, als sie just während der wichtigen „Ablehnungs"abstimmung nicht im Saale anwesend waren? Oder kann man dergleichen Oppositionsveranstaltungen nur unternehmen, wenn man in der Minderheit ist? Darüber kann wohl nur ein Weißbuch unabhängiger Volksgunststrategie Bescheid geben. Ja, Herr Osterburg hat die „Ablehnung" gut geleitet und eine Blamage für seine Partei abgewendet. Unsere Genossen lächeln nur verständnisvoll über solche Aufführungen, und selbst den Bürgerlichen wäre beinahe ein Seifensieder aufgegangen, als sie so viel leere Plätze auf der linken Seite sahen. Jedoch sie ahnten es nur — — —

Jetzt gehen unsere Stadtväter in die wohlverdienten Ferien und brüten in stillen Dorfwinkeln vielleicht weiter über das Wohl der Stadt nach. Auch wir wünschen ihnen, wie dem Herrn Vorsteher, Erfrischung und Erholung von den Strapazen, die sie in endlosen Redeschlachten für ihre Stadtkinder erduldeten.

*

### Sitzung der Stadtverordneten am 4. August.

Vorst Hennig eröffnete die Sitzung und las ein Gesuch von 36 Büroassistenten vor, die nach einer vom Magistrat schon früher getroffenen Regelung zu Sekretären aufrücken wollen. Das Gesuch wurde dem Haushaltausschuß überwiesen. Nach Bekanntgabe einiger weiterer kleinerer Beschwerden und Gesuche, erteilte der Vorsitzende Stv. Ritter (Dem.) das Wort zur Tagesordnung. Es lagen noch zwei Kapitel des Haushaltetats zur Beratung vor, die Stv. Ritter vortrug. Kap. XXIII (Gemeindeabgaben) bringen 17 034 395 Mark Ueberschuß. Der Haushaltausschuß hat 8,6 Proz städt. Grundsteuer, 280 Proz. Gewerbesteuer und 328 Proz. Einkommensteuer festgesetzt. Diese Vorschläge wurden angenommen. Ebenso wurde dem Kap. XXIV (Insgemein), welches einen Zuschuß von 591 347 M. erfordert, zugestimmt. Damit war die Versammlung am Schluß der Etatberatungen angelangt. Bevor die endgültige Abstimmung darüber vorgenommen wurde, erklärte Stv. Koenen (U. S.), daß seine Fraktion diesem gesamten Etat ablehnend gegenüberstehe. Seine Partei lehne es ab, jetzt die Prügelknaben für die Sünder der Mechthaber des alten Systems zu stellen. Weiter bemängelte er, daß der Magistrat die gesamte Schuldenlast bis zum Ende des Krieges aufgehäuft hat. Diese Schuld sollte alle Jahre ausgleichend abgetragen werden. Weiter sei die ganze Vorlage noch viel zu viel vom alten Geist durchweht, die indirekten Steuern müssen ganz verschwinden. Daß jetzt die stärkeren Vermögen bei den Steuern mehr erfaßt werden, haben wir nur dem Landtag zu verdanken, der dank seiner starken sozialdemokratischen Fraktionen eine Reihe Reformen durchgedrückt hat. Wir hier in Halle sind nicht in der Lage gewesen, den Etat gründlich durchzuberaten, da das Eintrücken der Rosetruppen hindernd in unsere kommunale Entwicklung eingegriffen hat.

Bürgermeister Seydel sucht das Verhalten des Magistrats zu rechtfertigen, indem er darauf hinweist daß die Stadt große Pflichten anläßlich der Kriegsunterstützungs- und Hinterbliebenenfürsorge zu erfüllen hatte. Halle sei eine der ersten Städte mit gewesen, die ihre Kriegsschuldzinsenlasten noch während der Kriegszeit allmählich abbauten.

Gen. Kleeis erklärte, daß die Ablehnung des Etats nicht die geringste praktische Bedeutung hat. Wenn man die Schankkonzessionsteuer auch nicht bewilligte, so kann zu ihrer Beseitigung doch nur die Aenderung des Ortsstatutes beitragen. Die nächste fruchtbringende Arbeit in diesem Sinne wird wohl die Umänderung des Ortsstatutes sein müssen.

Der Gesamtetat wurde mit 30 gegen 20 Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Nach kurzer Debatte wurde ebenfalls die vom Magistrat vorgeschlagene Einkommensteuererhöhungsstaffelung einstimmig angenommen.

Es lagen nunmehr nur noch kleinere Angelegenheiten vor.

Einem vor kurzer Zeit gekündigten Werkmeister wurde eine jährliche Rente von 1200 M bewilligt.

Ein Gesuch des Hauptausschusses des 6. Bezirks des Arbeiter-Turn- und Sportkreises, Sitz Halle, um finanzielle Unterstützung zum diesjährigen, hier stattfindenden Bundeswettunsturnen, wurde angenommen. Die Summe wird noch festgesetzt.

An der von der Berliner Straße nach Diemitz abzweigenden Rampe soll auf ein Gesuch der Eisenbahn-Direktion eine Vorflut geschaffen werden. Die Versammlung stimmte dem Gesuch zu.

Auf Ersuchen eines Grundstücksbesitzers beantragt der Magistrat, die projektierte Querstraße zwischen Thomasius- und Liebenauer Straße aufzuheben. Nach einigen Ausführungen des Stv. Brömme nahm die Versammlung dieses Ersuchen an.

Ein vom Magistrat vorgeschlagener Landaustausch am Paradeplatz und der Großen Wallstraße mit einem Privateigentümer wird genehmigt.

Die Kanäle im Gebiet des Rannischen Platzes genügen nicht mehr den an sie gestellten Ansprüchen. Es sollen Bauänderungen vorgenommen werden.

Dem Antrag des Magistrats, den Bau der Kanäle nach Maßgabe des vorgelegten Projektes und Kostenanschlags zu genehmigen und die erforderlichen Mittel in Höhe von 570 000 M. zu bewilligen, wurde zugestimmt.

Eine Fluchtlinienänderung zwischen Artilleriestr. und der Alten Leipziger Chaussee wurde einstimmig genehmigt.

Dem Gesuch der Witwe Auguste Walter, um Gewährung einer laufenden Unterstützung, wurde stattgegeben.

Die Versammlung stimmte dem Verkauf dreier Dampfmaschinen einschließlich der dazugehörigen Materialien zu.

Da die beim Arbeitsamt infolges des Ausbaues der Fachabteilungen (für das Gastwirtsgewerbe, kaufm. Berufe usw.) und der Erwerbslosenfürsorge verfügbaren Räume seit langem nicht mehr zureichen, wird der Erwerb des Grundstücks Gr. Berlin 14 beschlossen.

Die der Stadtgemeinde von einem im Paul Riebeck-Stift verstorbenen Fräuleins zufallende Erbschaft wird angenommen.

Ein Antrag des Stv Knauthe (U. S.) lautete: Die Versammlung soll den Magistrat ersuchen, Maßnahmen zu ergreifen, die der großen wirtschaftlichen Not der gesamten hallschen Künstlerschaft (Maler, Bildhauer, Architekten, Schriftsteller u. a.) in umfassender Weise abhelfen. Zur sofortigen Linderung der verhängnisvollen Notstände wird in den Etat 1919 eine entsprechende Summe eingesetzt. Zur Vorbereitung und schleunigen Durchführung dieser Hilfsaktion wird ein Ausschuß gebildet, dem drei Magistratsmitglieder, vier Stadtverordnete und drei Künstler angehören.

Nach ausgiebiger Debatte wurde dieser Antrag angenommen. Es wurde für diese Einrichtung ein Fonds von 100 000 M. bewilligt. Der im Antrag vorgesehene Ausschuß wurde gleich anschließend gewählt. Er setzt sich zusammen aus den Stv. Dr. Carlson (D.-N.), Volbracht (S. P.), Knauthe (U. S.) und Lehmann (Dem.)

Der Annahme einer Erbschaft wurde zugestimmt.

Einem Straßenbahnschaffner werden jährlich 2080 M. Ruhegeld bewilligt.

Zur Unterstützung einer in Notlage befindlichen Kriegerfrau wird eine Zulage zu ihrer von der Kriegshinterbliebenenfürsorge bezichenden Unterstützung gewährt.

Ein Gesuch von städtischen Büroangestellten um Gehaltsaufbesserung wurde dem Petitionsausschuß überwiesen.

Vorst Hennig dankte der Versammlung für die bisherige Mitarbeit und wünscht allen Stadtverordneten Tage der Erfrischung und Erholung. Die Ferien dauern bis 15. September, jedoch kann auch bei außergewöhnlichen Anlässen die Sitzung schon früher wieder zusammengerufen werden.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

# Wirtschaft, Kunst und Weltanschauung im kapitalistischen Zeitalter.

Nun sind sie vorbei, die Vorträge, die das lebhafteste Interesse unserer Mitglieder fanden und deren Besuch von Anfang bis zu Ende stark war. Am Freitag, den 1. August fand der unter obigem Titel vom Sozialdemokratischen Verein Halle veranstaltete Vortragszyklus mit dem vierten Vortrage des Herrn Prof. Menzer seinen Abschluß. Während des ganzen Kursus kam das starke Bildungsbedürfnis unserer Mitglieder und weiter Volksschichten klar zum Ausdruck. Eine ungeheure Menge allgemeinen Wissens von unersetzlichem Werte das Vorbedingung für die Erkenntnis der Zusammenhänge all unserer Lebensbedingungen ist, wurde in diesen 12 Vorträgen geboten und gewiß hat es unter den zahlreichen Teilnehmern keinen gegeben, der nicht wenigstens etwas mit heimgenommen hat. Dank sei dafür vor allen den Herren Professoren, die sich in vollkommen uneigennütziger Weise in den Dienst der Sache gestellt haben, die durch freudige Mitarbeit das im Interesse unseres Volkes notwendige Zusammenwirken zwischen Volkund Wissenschaft herstellten, mit ihren tiefen, umfassenden Wissen manchem Bildungshungrigen, dem die Wege zu tieferem Eindringen in das All der Dinge versperrt gewesen, hehre Feierstunden schufen. Aber auch dem Sozialdemokratischen Verein soll Dank dafür ausgesprochen werden, daß er diese Vorträge ermöglicht und zusammen mit den Herren Professoren ein wirklich wertvolles Programm zusammengestellt hat. Volkstümlich war die Darstellung der Vortragenden von Anfang bis zu Ende und jeder

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190805-14/fragment/page=0005

auch der Unvorgebildetste konnte bei der nötigen Aufmerksamkeit schätzbare Werte heimtragen.

Wir wollen nicht des längeren auf den Inhalt der Vorträge eingehen, eine erschöpfende Wiedergabe wäre bei der Fülle des Stoffes unmöglich. Nur erwähnen wollen wir kurz, wie haarscharf von den einzelnen Vortragenden die einzelnen Epochen geschildert wurden und wie lebendig dabei alle Vorträge zusammengefaßt, die Zusammenhänge zwischen Kunst, Wirtschaft und Weltanschauung der einzelnen Zeitepochen zutage traten. Klar war ersichtlich, wie alles von der Wirtschaft abhängig ist, wie aber impulsiv, gefühlsmäßig die Kunst die einzelnen Entwicklungsstadien im voraus anzeigt. Die Kunst hat in ihrer Entwicklung vom vervollkommneten Naturalismus, dem Impressionismus zum Expressionismus schon vor dem Kriege die Revolution, die jetzt gekommen, gekündet. Der Futurismus in der Kunst, die erste Spielart des unter dem Sammelnamen Expressionismus Zusammengefaßten, zeigte die Zerschlagung aller Formen an und ist und wird jetzt abgelöst von einer anderen Spielart, dem Kubismus, der neuen Formenkunst. Zu neuen festen Formen hat sich die Kunst wieder durchgerungen und wiederum auch für die Wirtschaft und Politik die unbedingt kommende Schaffung neuer, besserer, aber fester Formen angezeigt.

Baustein auf Baustein wurde bei den Vorträgen in den einzelnen Themen zusammengetragen, alles zusammengenommen wurde ein prächtiges, ein starkes Werk, das allen denen, die, wie wir Sozialdemokraten an dem Bau einer besseren Welt schaffen wollen, wichtige Aufschlüsse und die nötige Erkenntnis schaffte. Professor Waentig gab den Grundstock des Ganzen, die „wirtschaftliche Entwicklung", und über die weiteren Zusammenhänge derselben mit Kunst und Weltanschauung gaben Prof. Waetzold und Prof. Menzer treffliche Ausführungen. Die Lichtbildervorträge des Herrn Prof. Waetzold haben nachhaltigen Eindruck gemacht und waren am stärksten besucht. Diese mit den gebrachten Bildern ganz besonders wertvollen Vorträge haben eine Fülle oft vernachlässigten Wissens gebracht, das nur in jahrelangen eifrigem Studium erreichbar ist. Die besondere Entwicklung der Menschen selbst, ihr geistiges Drängen und Streben während dieser dreijahrhundertlangen Geschichtsepoche zeichnete Professor Menzer in feinen und wirkungsvollen Farben. Für viele waren diese Vorträge das Schönste, da sie auch für viele das Erhabenste in dieser Geschichtsentwicklung behandelten und die Großen des Menschengeschlechts zeigten, die mit ihren reinen und lichtbringenden Ideen der geistigen Entwicklung der gesamten Menschheit ihr Gepräge gegeben haben.

Der Besuch war von Anfang bis zu Ende stark, nachstehende Tabelle gibt ein gewiß interessantes, genaues Bild über den Besuch.

| | Prof. Waentig | | | Prof. Waetzoldt | | | Prof. Menzer | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | mlch. | wblch. | zus. | mlch. | wblch. | zus. | mlch. | wblch. | zus. |
| 1. Abend | 143 | 55 | 198 | 143 | 73 | 216 | 143 | 69 | 212 |
| 2. Abend | 145 | 70 | 215 | 136 | 96 | 232 | 131 | 62 | 193 |
| 3. Abend | 119 | 63 | 182 | 154 | 80 | 234 | 121 | 52 | 173 |
| 4. Abend | 148 | 50 | 198 | 140 | 96 | 236 | 111 | 42 | 153 |
| | 555 | 238 | 793 | 573 | 345 | 918 | 506 | 225 | 731 |

Insgesamt haben die Vorträge besucht: männliche Teilnehmer 1634
weibliche „ 808
zusammen Teilnehmer 2442

Das rege Interesse, das den Vorträgen entgegengebracht wurde, haben ebensowohl wie der starke Erfolg, den sie darstellen, den Sozialdemokratischen Verein veranlaßt, recht bald mit weiteren ähnlichen Bildungskursen an die Oeffentlichkeit zu treten, um weiterhin dem tiefen Bildungsbedürfnis seiner Mitglieder und Freunde entgegenzukommen. Zu diesem Zweck ist ein fester Bildungsausschuß gewählt worden, der in Kürze mit seinem Programm hervortreten wird.

---

*** Keine Aufhebung der Lebensmittelrationierung.** Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, entspricht die vielfach verbreitete Nachricht, daß die Aufhebung der Lebensmittelrationierung bevorstehe, nicht den Tatsachen. Das Reichsernährungsministerium hat auch keine derartigen Beschlüsse gefaßt. Es wurde bisher lediglich die Frage erwogen, ob es nicht möglich sei, für gewisse Lebensmittel, die in stärkerem Maße als bisher aus dem Auslande eingeführt werden, eine Erleichterung der Zwangswirtschaft eintreten zu lassen. Dagegen ist nicht daran zu denken, daß z. B. Fleisch, Butter und Milch der Kontrolle des Reichsernährungsministeriums entzogen werden. Außerdem besteht auf dem Gebiete der Milchversorgung die Befürchtung, daß binnen kurzem eine Einschränkung nötig sein wird.

Was die Brot- und Mehlversorgung anbelangt, hofft man an zuständiger Stelle vom 1. Oktober ab in der Lage sein zu können, in den Wochenrationen eine bedeutende Erhöhung eintreten zu lassen. Übrigens läuft die Aktion der Regierung zur Senkung der Lebensmittelpreise im Oktober ab, es besteht nicht die Absicht, sie fortzusetzen.

Man hofft im Reichsernährungsministerium, daß bis Oktober die Schleichhandelspreise schon so weit hinuntergegangen sein werden, daß die Regierung mit einem Abbau ihrer Zuschüsse wird beginnen können. Die Lebensmitteleinfuhr aus dem neutralen und dem bisher feindlichen Auslande wird immer stärker, trotzdem die Regierung die Lebensmittel nicht mehr wie bisher mit Goldmark bezahlt, sondern mit fremder Valuta.

*** Freigabe der Fischbewirtschaftung.** Mit Wirkung vom 1. August 1919 hat die zuständige Stelle die inländische Bewirtschaftung der Fische und Fischprodukte aufgehoben. Es werden von diesem Tage an sämtliche inländischen und ausländischen Frischfische in die Auktionen gehen, die vom Reichskommissar für Fischversorgung genehmigt sind und unter dessen Kontrolle stehen. Die dabei erzielten Preise werden vom Reichskommissar für Fischversorgung überwacht. Sie sind deshalb als Preise im Sinne des § 4 der Preistreibereiverordnung vom 8. Mai (Reichsgesetzblätter 395) anzusehen, nach dem eine Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften des § 1 Nr. 1 und 2 nicht erfolgt, wenn Höchstpreise oder von einer zuständigen Behörde festgesetzte Preise oder Vergütungen eingehalten werden. Die auf den Auktionen festgesetzten Preise bilden die Grundlage für die weitere Preisbildung, welche sich im übrigen nach den bestehenden Vorschriften richten muß, d. h. nur mit einem angemessenen Nutzen gemäß den allgemeinen Verordnungen gegen die Preistreiberei vor sich gehen darf.

*** Arbeiterwochenkarten.** Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die während der Kriegszeit zugebilligte Verlängerung der Gültigkeit der Arbeiterwochenkarten auf 14 Tage seit einiger Zeit aufgehoben ist. Wie im Deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif, Teil II, bestimmt ist, gelten daher die Arbeiterwochenkarten allgemein nur an 6 aufeinander folgenden Arbeitstagen.

**Apollotheater.** „Liebe im Schnee," Operette in drei Aufzügen von Ralph Bernatzky und Willi Prager, Musik von Ralph Bernatzky. Die alte Geschichte: Eine Prinzessin von durchlauchtigem Blut (heutzutage sind die armen Jöhren ja wohl erlöst!) verliebt sich in einen Opernsänger und muß schließlich tränenkollernd entsagen. Ralph Bernatzky hat dazu eine eingehende, wenn auch nicht schlagerreiche, so doch stark charakteristische Musik geschrieben, kleine Schwächen vertuschen fabelhaft getanzte Walzer und lebhaft gestwungene, weibliche Beine. Die Hauptdarsteller gaben ein gut durchgearbeitetes Spiel, die Statisten wirken dagegen oft zu stereotyp. Emmy Sturm als Gast lieh der Hauptheldin ihr ganzes, gutes Können: Stimme, Beweglichkeit und operettendivenhafte Selbstverständlichkeit. Walter Fischer-Achten laborierte an einer Erkältung, der Gesang war matt und kaum zu verstehen. All dies kam aber der Darstellung seiner Rolle, der Durchlaucht, von statten, Einfältigkeit mit einem lüsternen Faunenschlag und rücksichtslos naive Herrschergeste der Typus des weiland absoluten Dondezfürsten. Joseph Wallbruch spielte, außer zu weniger Charakterisierung in der Pierrotszene, mit Geschick und Betonung den Opernsänger. Hertha Pannowitz als seine Kollegin von der fürstlichen Bühne glänzte besonders durch ihr Tanzvermögen. Alle übrigen Darsteller vollendeten das Spiel zu einem guten Ganzen, das sich frei aller ganz aufdringlichen Sentimentalität, noch lange auf dem Spielplan halten wird.
o. b.

**Die bekannte Ammendorfer Mühle und Brotfabrik,** welche bereits vor dem Kriege durch ihr schmackhaftes Brot am hiesigen Platze zahlreiche Kunden hatte, hat ihren Betrieb wieder aufgenommen. Das Ammendorfer Brot ist von jetzt ab also fast in sämtlichen einschlägigen Geschäften zu haben.

**Stadttheater.** Heute, Dienstag, abends 7½ Uhr, wird das Schauspiel „Stein unter Steinen" wiederholt. Mittwoch „Götterdämmerung". Es sei besonders darauf hingewiesen, daß diese Vorstellung bereits um 6 Uhr beginnt. Donnerstag „Hannerl". Freitag „Der Erbförster". Sonnabend „Die Rose von Stambul". Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen „Alt-Heidelberg", abends „Martha".

**Ausgabe von Stammkarten für das Stadttheater.** Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die von verschiedenen Seiten verbreiteten Meldungen, die Stammkarten für das nächste Spieljahr seien ausverkauft, unzutreffend sind, daß vielmehr sehr gute Stammplätze in allen Preislagen noch zur Verfügung stehen. Die Ausgabe neuer Stammkarten erfolgt täglich an der Kasse des Stadttheaters.

**Thalia-Theater.** Wie die Direktion des Battenberg-Theaters Leipzig erfahren hat, besteht im Publikum vielfach der Glaube, daß die Vorstellungen „Verlorene Töchter" identisch sind mit dem vor längerer Zeit hier gezeigtem Film gleichen Namens. Das ist nicht der Fall, wie sich jeder durch Augenschein überzeugen kann. Die Aufführungen haben mit dem Film nur durch Zufall den Namen gemeinsam. Die Direktion hat die Absicht, eine Vorstellung zum Besten der heimkommenden Kriegsgefangenen zu geben.

**Volkskonzert des Stadttheater-Orchesters auf der Peißnitz.** Auf das heute, Dienstag, abends 8½ Uhr, auf der Peißnitz stattfindende Volkskonzert des Stadttheater-Orchesters unter Leitung von Kapellmeister Karl Nöhren sei nochmals hingewiesen.

**Bad Wittekind.** Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, findet Extra-Konzert vom Seifert-Orchester unter Leitung des Musikdirektors Richard Seifert statt. Die Vortragsfolge enthält Werke von Beck, Mendelssohn, Wagner, Friedemann, Thomas, Strauß, Offenbach, Lortzing, Thiele, Fall und Komzak. Die Eintrittspreise sind aus der Anzeige zu ersehen.

# Aus der Provinz.

## Der Kaliarbeiterstreik.

Der gestrige Bericht des Volksblattes über die Ausdehnung des Kaliarbeiterstreiks trifft nicht ganz zu. Es liegen nicht zwei Drittel der Werke still, sondern nicht einmal die Hälfte. Von den im Volksblatt angeführten Revieren wird im Unstrut- und Werratal nicht gestreikt und im Braunschweiger Revier nur teilweise. Eine Sonntag, den 3. August tagende Reichskonferenz der Kaliarbeiter faßte eine Entschließung, in der alle noch vom Streik abseits stehenden Kaliarbeiter aufgefordert werden, sich dem Ausstand anzuschließen. Der Konferenz wurde eine Sympathiekundgebung der Braunkohlenbergarbeiter des Geiseltales, des Oberröblinger und des Halleschen Braunkohlenreviers übermittelt.

## Wehren muß man sich.

Ein alter Parteigenosse schreibt der Magdeburger Volksstimme folgende beherzigenswerte Zeilen, die auch für unseren Bezirk zutreffen. Es heißt in dem Schreiben:

Viel wird darüber geredet, daß es unbedingt nötig ist, eine Einigung der sozialistischen Parteien herbeizuführen. Arbeiter in Betrieben, auf dem Arbeitsweg diskutieren, daß die Arbeiterparteien sich zusammenschließen müssen. Ueber die Köpfe der Führer hinweg soll das geschehen.

Wer noch an diese dringende Notwendigkeit der Einigung glaubt, der irrt sich bestimmt. Ich tue meine Schuldigkeit in der Arbeiterbewegung seit langen Jahren. Wie schön war es, als wir in kleinere Landorte gingen, um Aufklärung für die bedrückten Arbeiter zu bringen. Wieviel Anfeindungen und Beschimpfungen waren diese Männer der Kleinarbeit ausgesetzt, wie oft haben wir die Fäuste geballt gegen die allgewaltigen reaktionären Ausbeuter und Hinderer von freiheitlichen Bestrebungen.

Heute haben wir einen viel größeren Terror, einen viel größern Zwang und Druck auszuhalten, und zwar von Arbeitsbrüdern selbst. Bei jeder Gelegenheit muß man sehen, wie die Anhänger der U. S. P. und der K. P. D. Nichtangehörige ihrer Parteien zwingen, mitzutun, um ihre politischen Ziele und Bestrebungen zu unterstützen. Will ein Mitglied der S. P. D. seine Meinung sagen, so wird das mit den brutalsten Mitteln verhindert.

Schreiber dieser Zeilen besucht sehr viele Versammlungen und hat wiederholt festgestellt, daß die Sozialdemokraten in Versammlungen sich sehr ruhig verhalten, wenn Unabhängige oder Kommunisten reden, sobald aber ein Vertreter der S. P. D. redet, dann wird er mit Zwischenrufen beleidigender Art am Weiterreden gehindert. In Versammlungsberichten kann man dann lesen, daß die Beleidiger S. P. D. gewesen sind. So stand vor einigen Tagen in dem unabhängigen Blatte, daß Angehörige der S. P. D. in einer von ihnen einberufenen Versammlung in Gr.-Ottersleben beleidigende Zwischenrufe getan hätten. Ich habe die Zwischenrufe gehört, weiß, wer sie getan, ein Maurer, zwei Former (die Namen kenne ich auch)) haben beleidigt, und diese gehören der U. S. P. D. an.

Bei der Kundgebung auf dem alten Markt in Magdeburg war nur eine Stimme zu hören über das Verhalten der Unabhängigen oder Kommunisten, die planmäßig die Ausführungen unserer Redner zu stören suchten. Das können keine reifen Männer tun, die der Arbeiterschaft angehören, das sind Kindereien. Die U. S. P. war für Unterzeichnung des Friedensvertrags, jetzt stören und hindern ihre Anhänger ihre Brüder, die dazu beitragen und helfen wollen, den Gewaltfrieden zu lindern. Sie beschimpfen die alten Führer der Arbeiterbewegung. Wissen denn diese Arbeiter nicht, was die Führer zu leiden und auszustehen hatten vor der Revolution? Lange Gefängnisstrafen haben sie verbüßen müssen dafür, daß sie die Interessen der Arbeiterschaft vertraten. Und heute sollen sie „Verräter an der Arbeiterschaft" sein. Diese Personen, die altbewährte Führer Verräter nennen, sie sind erst aufgetaucht, sie wissen nichts von der Vorrevolutionszeit, sie sind jetzt radikal geworden, wo weniger Mut dazu gehört als früher.

Diejenigen, die da glauben, die richtige Politik in Erbpacht zu haben, von diesen waren viele, viele bis in die Novembertage bei Arbeiten für Verwirklichung des Sozialismus nicht zu haben. Der Zweck dieser Zeilen soll sein, den Arbeitern klarzumachen, daß da an eine Einigung mit der U. S. P. D. erst nicht zu denken ist. Daher müssen die Anhänger der S. P. D. aus der Reserve heraustreten, nicht mehr ruhig und willenlos alles hinnehmen, was ihnen im Terror aufgezwungen wird. Auflehnen und wehren, dann werden wir dazu beitragen, daß positive, praktische Arbeit geleistet werden kann im Interesse der werktätigen Bevölkerung.

---

**Zörbig.** Unabhängige Kampfesweise. Am 3. August fand hier eine von den Bitterfelder Genossen veranstaltete öffentliche Versammlung statt. Der Gen. Feudel-Berlin referierte über das Thema: „Die allgemeine politische Lage". Der schwache Besuch der Versammlung war darauf zurückzuführen, daß Mitglieder der U. S. P. den Zustrom zur Versammlung zu unterbinden suchten, indem sie Posten ausstellten, die die Versammlungsbesucher veranlaßten, umzukehren; sogar der Stadtverordneten-Vorsteher von Zörbig beteiligte sich an dieser Sabotage. Die wahre Ursache aber war die Furcht, daß man die Wahrheit zu hören bekäme, denn von unserer Seite hatten doch die U. S. P. absolut nichts zu fürchten. Das Referat des Gen. Feudel wurde sehr beifällig aufgenommen. Im Schlußwort forderte der Vorsitzende Gen. Raboldt die Versammlung auf, treu auf der Seite der alten Partei zu stehen und sprach die Hoffnung aus, daß auch in Zörbig die Gründung eines Parteivereins in nächster Zeit erfolgen werde.

**Löbnitz a. d. Linde.** (Pflichtvergessene Selbsterzeuger.) Auch in unserem Orte muß über die Nichtbeachtung der Vorschriften zur Sicherung der Volksernährung geklagt werden. So liefert der Brennmeister Hanisch keine Milch an die Molkerei ab. Wir erlauben uns die Anfrage, ob der Gemeindevorsteher Herrn Hanisch von der Lieferung freigestellt hat, oder ob ihm die Sache nicht bekannt ist. Verordnungen gelten doch für jedermann. Hier ist ein Arbeitsfeld für den Arbeiterrat. Wir ersuchen den Arbeiterrat in allen Dingen nach dem Rechten zu sehen. Der Arbeiterrat besteht nach dem revolutionären Recht und nach den Richtlinien des Zentralrates. Wenn der Gemeindevorsteher den Arbeiterrat auch nicht anerkennen will, so sollte sich dieser dadurch nicht beirren lassen.

**Magdeburg.** Die Umwandlung des Staatsapparates. Neben dem Genossen Fischer, der kommissarisch den Kreis Neuhaldensleben verwaltet, sind jetzt noch die Genossen Bergemann für den Kreis Kalbe und Böttcher für Wolmirstedt als Landräte bestätigt worden. Für Wanzleben kommt, soweit wir unterrichtet sind, Genosse Friedrich Hahn als Landrat in Frage.

**Kleine Nachrichten.** In Gröbers erlitt ein Monteur bei seinen Arbeiten im Elektrizitätswerk durch Starkstrom so schwere Verletzungen, daß er vor seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb. — In Hasserode bei Wernigerode wurden 300 Zentner verschobener Zucker beschlagnahmt. Darunter befanden sich 58 Kisten Würfelzucker. — In Neustadt a. Orla wurde ein Förster im Walddickicht, durch Beilhiebe ermordet, aufgefunden. — Die Stadtverordneten von Nordhausen bewilligten einstimmig eine halbe Million zur Senkung der Auslandslebensmittelpreise.

# Aus aller Welt.

**Dortmund.** Frecher Raubüberfall. Am Freitag mittag kurz vor 12 Uhr wurden Beamte der Zeche Hansa-Huckarde die 575 000 Mark Löhnungsgelder von der Reichsbank geholt hatten, in ihrem Wagen von drei jungen Burschen überfallen. Den Beamten wurde Pfeffer in die Augen gestreut, worauf ihnen die Räuber den Koffer mit dem Geld entrissen und in einem bereitgehaltenen Automobil flüchteten.

**Dortmund.** Straßenbahnunglück. Im benachbarten Marten stürzte in der Kurve einer abschüssigen Straße ein Straßenbahnzug um. Zwei Fahrgäste waren sofort tot. Zwanzig Personen wurden verletzt, zum Teil lebensgefährlich. Der Unfall wurde durch die Unachtsamkeit eines ungeübten Wagenführers verschuldet.

**Cranz.** Früchte der Judenhetze. Zu stürmischen Auftritten ist es in dem ostpreußischen Badeorte Cranz anläßlich der Verteilung antisemitischer Flugblätter gekommen. Ein jüdischer Reserveoffizier wurde von der angesammelten Menschenmenge tätlich angegriffen. Auch sonst kam es zu Prügeleien. In einer Versammlung von Kurgästen jüdischen Glaubens wurde der Reichswehrminister und der preußische Ministerpräsident Hirsch telegraphisch um Schutz gebeten.

# Parteinachrichten.

## Hugo Heinemann tot.

Genosse Dr. Hugo Heinemann ist gestern in einem Sanatorium im Grunewald einem Herzleiden erlegen.

Sein Tod bedeutet für die Partei und die Allgemeinheit einen überaus schmerzlichen Verlust. Die Anwaltskammer Berlins und die juristische Wissenschaft verlieren in ihm eine ihrer Zierden, die sozialdemokratische Partei einen ihrer ältesten Freunde und Berater. Heinemann war ein Rechtsanwalt jenes guten alten Schlages, der aus richtigen Anwälten des Rechts besteht, ein Schützer der politisch Verfolgten und ein Vorkämpfer sozialer Rechtserneuerung. Das große Pathos der Rede lag ihm nicht, nichts war ihm ferner, als die Kunst, die große Herzenswärme, die in ihm war, in tönenden Worten auszuströmen, aber sich selbst und sein ganzes Können in den Dienst einer guten Sache zu stellen, war seine Art. Durch sie gewann er den Respekt der Richter, die Hochachtung seiner Kollegen, das unbedingte Vertrauen seiner Schutzbefohlenen.

Die Partei, die an ihm einen ihrer besten Anwälte hatte, hat sich oft bemüht, Heinemanns Kraft auch außerhalb der eigentlichen Anwaltssphäre für sich nutzbar zu machen. So gelang es seinerzeit, Heinemann als Lehrer für die Parteischule zu gewinnen, parlamentarische Kandidaturen aber lehnte er stets ab. Bis er sich nach der Revolution schließlich doch in die preußische Landesversammlung wählen ließ. Leider hatte schon damals seine Schaffenskraft ihren Höhepunkt überschritten, und als schon kranker Mann übernahm Heinemann aus Pflichtgefühl noch zuletzt die provisorische Leitung des Reichsjustizamtes, dann das Amt eines Unterstaatssekretärs im preußischen Justizministerium. Hätte das Schicksal ihm noch einige Jahre Zeit gelassen, so hätte er als Reformator der Rechtspflege noch Großes schaffen können, es war ihm und uns nicht gegönnt.

# Gewerkschaftliches.

## Metallarbeiter-Generalversammlung.

Durch die Verlegung der Generalversammlung kann der festgesetzte Termin (7. September) nicht eingehalten werden, da ein geeignetes Tagungslokal für diese Zeit nicht zu bekommen war. Der Vorstand beruft nunmehr die 14. ordentliche Generalversammlung zum 13. Oktober, vormittags 9 Uhr, nach Stuttgart (Stadtgartensaal) ein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751919O805-14/fragment/page=0006